

Nützliche Nachrichten 9–10 / 2018

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

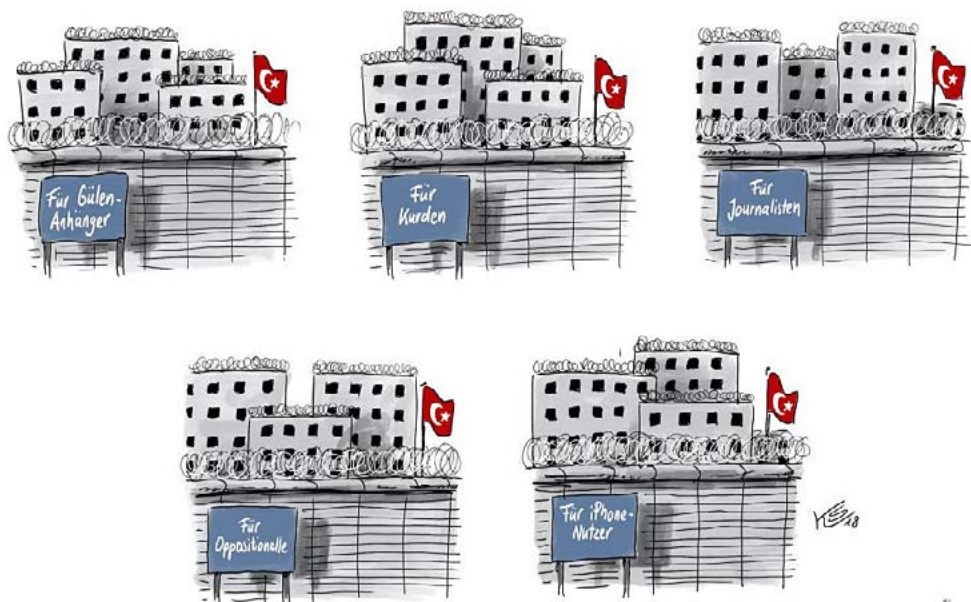
Postfach 90 31 70 · 51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · dialogkreis@t-online.de

Spendenkonto Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

Redaktion Andreas Buro †, Mani Stenner †, Luise Schatz, Barbara Dietrich, Gisela Penteker und Memo Şahin,

Redaktionsschluss: 1. September 2018, Antikriegstag 2018

dialogkreis@t-online.de



Inhalt

Die verlogene Politik der Internationalen Gemeinschaft	2
Bundesweite Großdemonstration: Erdogan ist nicht willkommen!	3
Ankaras Arm reicht bis nach Mecklenburg-Vorpommern	4
Biennale: Erdogan diktiert Deutschland setzt um!	4
Ein weiterer kurdischstämmige Deutscher in türkischer Haft!	5
Türkei entführt weiterhin Kritiker aus dem Ausland	6
Razzien gegen kurdische Vereine und Einrichtungen der deutschen Linken	6
Sind die kurdischen Migranten Teil der deutschen Gesellschaft?	7
Oder was haben Kurden Deutschland angetan?	7
Bundesregierung gibt Türkei-Sanktionen auf	9
Leserbrief Karl-Heinz Zulkowski – Stüben an die Cuxhavener Nachrichten	9
Tränengas für trauernde „Samstagsmütter“	10
Herrscherweihe für Erdoğan – „Neue Türkei“ ins Leben gerufen	12
Notstand wird durch neues Anti-Terror-Gesetz zum Dauerzustand	13
Zwei Jahre Ausnahmezustand in der Türkei in Zahlen	13
Wegen Karikatur – Die Welt der Tayyips – vier Studenten festgenommen	14
Der Absturz der Lira wird zum Problem für Erdogan	14
Lira im freien Fall	17
Brunson – frommer Christ oder Terrorunterstützer?	18
Türkei muss schwere Menschenrechtsverletzungen in Afrin stoppen	18
Arabisierung, Islamisierung und Sprachverbote im nordsyrischen Kurdengebiet Afrin	22
Die Kurden und Assad	22
Zweckbündnis gegen Erdoğan	22
Christen fürchten Schließung ihrer Schulen in Nordsyrien	24
Türkische Luftwaffe tötet einen der Retter der Jesiden in Sindschar	24
Verbot von „Osmanen Germania BC“	25
Mesale Tolu ist zurück in Deutschland	25
KCK-Aufruf an die Bundesregierung und die Kurden	25

DER KOMMENTAR

Die verlogene Politik der Internationalen Gemeinschaft

Gisela Penteker

Bundesaußenminister Maas zu Besuch in Ankara, Staatspräsident Erdogan zum Staatsbesuch in Berlin und zum krönenden Abschluss Wirtschaftsminister Altmeyer mit einer großen Wirtschaftsdelegation wieder in der Türkei. Es ist ziemlich offensichtlich, worauf das hinaus läuft. Die Annäherung der Türkei an Europa ist eher eine Bankrotterklärung der Bundesregierung vor dem rüpelhaften und diktatorischen Präsidenten Erdogan und seiner Regierung. Er wird weiter Geld, Hermesbürgschaften und Waffen bekommen, egal, was er in seinem Land und in den Nachbarländern Syrien und Irak anrichtet. Hauptsache, er hält uns die Flüchtlinge vom Leib und unser Exportgeschäft wird nicht gestört.

Derweil starrt die Welt auf den drohenden Angriff der syrischen Armee auf Idlib wie das Kaninchen auf die Schlange. Alle reden von einer schrecklichen humanitären Katastrophe, halten Konferenzen und kluge Reden, diskutieren, wie die zu erwartenden Flüchtlinge abgewehrt werden können. Es scheint unausweichlich, dass auch diese Region zerstört und Bewohner und dorthin Geflüchtete oder aus anderen Kampfgebieten Deportierte getötet oder vertrieben werden.

Die UNO, die einst in solchen Situationen sichere Fluchtkorridore für die Zivilbevölkerung schaffen und sogar Kriegsgegner entwaffnen sollte, ist ein zahnloser Tiger. Die seit langem fällige Neustrukturierung findet nicht statt.

So wird die Katastrophe ihren Lauf nehmen. Hinterher setzen sich die Staaten dann wieder zu einer der vielen Geberkonferenzen zusammen und beraten über den Wiederaufbau. Von dem Kuchen des damit verbundenen Geschäfts und Einflusses wollen alle ihr Teil abbekommen.

Die kurdischen Autonomiebehörden im Norden Syriens versuchen eine Verhandlungslösung mit der syrischen Regierung zu erreichen. Wenn sich nicht auch hier andere Staaten einmischen, - Russen, Iraner, Türken und Amerikaner stehen in den Startlöchern- könnte vielleicht wenigstens hier ein weiteres Blutbad verhindert werden.

Bundesweite Großdemonstration: Erdogan ist nicht willkommen!



Erdogan ist nicht willkommen!

Ein Diktator kommt nach Berlin – und wird mit allen Ehren empfangen. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan wird Ende September erneut um deutsche Unterstützung für seine Kriegspolitik bitten. Es ist abzusehen, dass auch dieses Mal Waffenverkäufe abgesegnet, Kredite zugesagt und Investitionen in der Türkei vereinbart werden. Der Besuch des deutschen Wirtschaftsministers samt 80-köpfiger Entourage Ende Oktober in der Türkei passt da ins Bild. Der Besuch Erdoğan's in Berlin wird Anlass zum Protest für all diejenigen sein, die sich in Deutschland und der Türkei für Demokratie, Freiheit und Frieden einsetzen.

Die Liste der Verbrechen des Erdoğan-Regimes ist lang. Heute sitzen tausende HDP-Mitglieder in der Türkei in Haft, gemeinsam mit hunderten Journalistinnen und Journalisten sowie zehntausenden anderen politischen Aktivistinnen und Aktivisten. Im Südosten der Türkei werden tagtäglich Ausgangssperren verhängt, Kundgebungen oder Demonstrationen verboten und Militäroperationen durchgeführt. Hunderttausende Menschen befinden sich vor den andauernden Militäroperationen auf der Flucht. Städte wie Nisêbîn oder Cizîr sind größtenteils zerstört. Auch die Bevölkerung Nordsyriens und des Nordiraks leidet unter der diktatorischen Politik Erdoğan's. In beiden Nachbarländern führt die türkische Armee Besatzungsoperationen durch. Der Krieg in Afrin aber auch die tagtäglichen Angriffe der türkischen Armee auf den Nordirak sind die jüngsten Beispiele dafür.

Auch hier in Deutschland leiden wir unter der diktatorischen Politik Erdoğan's. Der türkische Geheimdienst MIT bedroht hier zu Lande politische Aktivistinnen und Aktivisten mit dem Tod. Die DITIB verbreitet in ihren knapp 1000 Moscheen nationalistische Kriegspropaganda und schreckt dabei selbst vor der Indoktrinierung von Kindern nicht zurück. Der Lobbyverband UETD stellt Kontakte zwischen der AKP-Regierung und kriminellen Banden wie der Osmanen



Fotoshooting im September

Germania her, die offen mit Gewalt gegen Kritikerinnen und Kritiker des Erdoğan-Regimes in Deutschland drohen. All dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die deutsche Bundesregierung die repressive Politik des türkischen Regimes billigt bzw. unterstützt. Sie beteiligt sich damit direkt am Angriff auf Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen. Ob in der Türkei oder hier in Deutschland. Unseren Protest gegen den patriarchalen Herrscher Erdoğan verstehen wir damit auch als Protest gegen den zunehmenden Rechtsruck hier in Deutschland.

Am 28. und 29. September werden wir als Demokratinnen und Demokraten unserem Protest gegen den Staatsbesuch des Diktators Erdoğan Ausdruck verleihen. Wir akzeptieren nicht, dass die deutsche Bundesregierung in unserem Namen einen Diktator willkommen heißt und seine Politik damit legitimiert. Das wollen und können wir nicht mit unserem Gewissen vereinbaren. Wir werden Erdoğan und der deutschen Bundesregierung Ende September zeigen, dass Diktatoren ihren Tee nicht in Berlin, sondern vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag trinken. Wir laden alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland ein, Ende September mit uns auf die Straße zu gehen. Der Diktator Erdoğan und seine Freunde in der deutschen Bundesregierung werden von uns allen klar und deutlich zu hören bekommen: Ticket nach Den Haag statt Tee in Berlin!

<http://civaka-azad.org/event/bundesweite-grossdemonstration-erdogan-ist-nicht-willkommen/>



Vor seiner Reise nach Deutschland

Ankaras Arm reicht bis nach Mecklenburg-Vorpommern

Von Volkmar Kabisch und Reiko Pinkert

Türkische Sicherheitsbehörden gehen weiter gegen in Deutschland lebende Kritiker vor. Nach Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung wenden sich Ankaras Ermittler hierbei auch an deutsche Behörden.

Für gewöhnlich werden in deutschen Behörden Anfragen aus der Türkei, die eine gewisse politische Brisanz haben, unbeantwortet gelassen. Im Land Berlin werden diese zum Beispiel grundsätzlich einfach zurück geschickt.

Doch im Fall von Ibrahim Ö. wurde die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Diese wurde vom türkischen Generalkonsulat um Rechtshilfe gebeten, um gegen den seit Jahren in Deutschland als Flüchtling lebenden Türken vorzugehen.

Ö. soll vier Facebook-Posts geteilt haben, in denen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan kritisiert wurde. In einem der Beiträge geht es um ein kurdisches Wortspiel in dem Erdoğan als Kerdogan bezeichnet wurde, als „Esel“. Ibrahim Ö. soll diese nicht selbst verfasst, sondern lediglich geteilt haben.

Die Staatsanwaltschaft im türkischen Iğdır warf Ö. in ihrem Ersuchen neben der Beleidigung des Staatspräsidenten sogar die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor. Über das Generalkonsulat in Berlin wandte sie sich an die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg. Diese eröffnete im März 2018 den Fall gegen Ö. und ließ ihn wegen „des Verdachts der Beleidigung zum Nachteil des türkischen Präsidenten Erdoğan“ durch den Staatsschutz vernehmen. Den Vorwürfen wegen des Terrorverdachts wollte die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg hingegen nicht nachgehen. Einem Sprecher zufolge wurde das zuständige Schweriner Justizministerium von den Türken über das Rechtshilfeersuchen nicht informiert.

Lukas Theune, der Rechtsanwalt von Ibrahim Ö., findet das Vorgehen der Staatsanwaltschaft höchst fragwürdig. Schließlich sei nach deutscher Rechtsprechung das Teilen von beleidigenden Facebook-Inhalten nicht strafbar. Problematisch sei vor allem, dass die Neubrandenburger Staatsanwälte ursprünglich die Aussage und weitere Daten an das Generalkonsulat übermitteln wollten. „Wenn die Staatsanwaltschaft nun auch noch die persönlichen Daten meines Mandanten an die türkischen Behörden übersendet und ihn und seine Familie damit gefährdet, ist der Justizskandal komplett“, so Theune.

Der Beschuldigte Ibrahim Ö. sagte auf Anfrage: „Ich ärgere mich, dass deutsche Behörden Erdoğan helfen. Alle meine Daten stehen in der Akte, Adresse, Telefonnummer.“

Rechtsanwalt Theune hat beantragt, Aussage und Daten nicht in die Türkei zu schicken. „Die Entscheidung bleibt

abzuwarten“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Sevim Dağdelen, erklärte gegenüber NDR, WDR und SZ: „Es wäre fatal, wenn der Eindruck erweckt wird, dass deutsche Staatsanwaltschaften sich hier zum verlängerten Arm Ankaras machen.“

Die meisten Justizministerien in den Bundesländern erfassen Inhalte türkischer Rechtshilfeersuchen nicht statistisch. Die türkische Botschaft wollte auf Anfrage nicht mitteilen, wie viele Ersuchen in letzter Zeit an deutsche Behörden gestellt wurden. Daher bleibt unklar, wie viele solcher Fälle es bundesweit möglicherweise gibt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ermittlungen-gegen-erdoan-kritiker-ankaras-arm-reicht-bis-nach-mecklenburg-vorpommern-1.4107494>, 28.08.2018

Biennale: Erdogan diktiert Deutschland setzt um!

Die Stadt Wiesbaden hat die in der Innenstadt aufgestellte Statue des türkischen Präsidenten Erdogan kurzfristig abbauen lassen. Die Kunstaktion zur Biennale hatte zahlreiche Menschen aufgebracht. Die Stadt sah die Sicherheit gefährdet.

Auf Facebook und auf Twitter gab die Stadt Wiesbaden gegen 22.45 Uhr am Dienstag bekannt, dass sie die als Kunstobjekt auf dem Platz der Deutschen Einheit installierte goldene Statue des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan entfernen lasse.

Dies hätten Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) und Bürgermeister Oliver Franz (CDU) in Abstimmung mit der Landespolizei entschieden. Zur Begründung hieß es, die Sicherheit könne nicht mehr weiter gewährleistet werden.

Die Statue hatte für reichlich Wirbel gesorgt. Viele Menschen störten sich an der vier Meter hohen Figur, die Erdogan mit ausgetrecktem Arm und Zeigefinger zeigte, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen.



Einheimische meinten, die Statue des umstrittenen Politikers habe in Wiesbaden nichts verloren. Viele türkischstämmige Erdogan-Anhänger sahen den Präsidenten verunglimpft. Seine Gegner, darunter viele Kurden, sahen ihn glorifiziert.

Im Laufe des Tages kamen immer mehr Menschen auf den Platz. Die Stimmung war aufgeheizt. Manche beschmierten die Statue, andere versuchten, die Schmierereien wieder zu entfernen. Es wurde geschimpft und gepöbelt. Es gab aber auch einige, die die Kunstaktion grundsätzlich gut fanden, da sie zur Diskussion anrege.

Intendant: „Kunst soll zeigen, wie es ist“

Am Nachmittag hatten sich die verantwortlichen Kuratoren und der Intendant der Wiesbaden Biennale zu Wort: „Die Kunst ist dazu da, zu zeigen, wie es ist“, sagte der Wiesbadener Staatstheater-Intendant Uwe Eric Laufenberg, der zugleich Intendant der Biennale ist.

Er diskutierte vor Ort auf dem Platz der Deutschen Einheit vor der Statue mit Passanten über die Aktion. Einige warfen ihm dabei vor, es handele sich um eine bewusste Provokation, die schon bestehende Konflikte um das Verhältnis zur Türkei und zwischen Erdogan-Anhängern und Gegnern weiter schüre.

„Wenn hier Blut fließt, sind Sie schuld daran“, schleuderte ein aufgebracht Mann den Kuratoren der Biennale, Maria Magdalena Ludewig und Martin Hammer, entgegen. Sie waren nach der Aufregung um die Statue ebenfalls zum Platz gekommen, um mit Passanten zu reden und ihre Aktion zu verteidigen.

Europaministerin: Lage in der Türkei zu ernst

Gegenwind kam auch von Lucia Puttrich (CDU), hessische Ministerin für Europaangelegenheiten: Sie schrieb auf Twitter, Kunst dürfe provozieren, den goldenen Erdogan brauchte trotzdem niemand. „Dafür ist die Lage in der Türkei viel zu ernst.“ Sie sei befremdet von der Statue und wolle sich gerne an der Diskussion beteiligen, wenn die Künstler sich zu ihrem Werk geäußert haben.

Das Ordnungsamt war vom Aufstellen der Figur unterrichtet worden, die Aktion war genehmigt. Allerdings will die Stadt laut einer Mitteilung vorab nur von einer „menschennähnlichen Statue“ gewusst haben, nicht aber, dass sie den türkischen Staatspräsidenten zeigt.

Am Dienstagmorgen beschäftigte sich der Magistrat mit der Kunstaktion. Die Biennale wolle unter dem Titel „Bad News“ provozieren, es sei klar gewesen, dass das auch diskussionswürdige Aktionen bedeute, hieß es zunächst. Dabei wurde entschieden: Erdogan darf bleiben, im Sinne der Kunstfreiheit – es sei denn, die öffentliche Sicherheit werde gefährdet. Diesen Punkt sah man nun wohl erreicht.

Schlechte Nachrichten gibt es in dieser Kulturlust: Das Staatstheater in Wiesbaden wurde geschlossen. Im neobarocken Foyer hat ein Supermarkt eröffnet. Die Bühne des Großen Hauses wird zum Autokino und im Studio-Keller laufen Pornos. Das alles ist Teil der Wiesbaden Biennale, die in diesem Jahr unter dem Titel BAD NEWS das Udenkbare möglich macht.

<https://www.hessenschau.de/kultur/angespannte-sicherheitslage-wiesbaden-baut-goldene-erdogan-statue-ab,erdogan-statue-wiesbaden-biennale-100.html>, 28.08.18

Ein weiterer kurdischstämmige Deutscher in türkischer Haft!

Erneut ist ein Deutscher im Urlaub in der Türkei verhaftet worden. İlhami Akter, geb. 10.03.1972, deutscher Staatsbürger mit kurdischem Migrationshintergrund ist am 14.08.18 morgens früh gegen 6 Uhr in einem Dorf Saribaşak (Kreisstadt Karakoçan, Provinz Elazığ) aus dem Schlaf gerissen und verhaftet worden. Während seines Urlaubs besuchte er seine kranke und alleinstehende Mutter, in deren Haus er verhaftet wurde. Gegen 6 Uhr früh wurde das Haus von Sondereinheiten der „Terrorbekämpfung“ gestürmt. Die Polizisten durchsuchten das ganze Haus wahllos und stellten dabei alles auf dem Kopf. Nach Aussagen der Schwester wurden sein Laptop sowie sein Handy beschlagnahmt. Die über 80-jährige Mutter erlitt einen Schwächeanfall und musste behandelt werden.

İlhami Akter ist Taxiunternehmer in Hamburg. Ihm wird vorgeworfen, über soziale Medien Propaganda für eine Terrororganisation gemacht zu haben.

Es ist zu befürchten, dass er wegen ein paar weitergeleiteten Nachrichten auf Facebook nun länger im Gefängnis bleiben muss.

Es ist deshalb notwendig, dass zeitnah sowohl von der Bundesregierung als auch von der Zivilgesellschaft Druck auf die Türkei ausgeübt wird, damit Menschen wegen ihrer Meinungsäußerung nicht länger verhaftet werden und in türkischen Gefängnissen unter katastrophalen Bedingungen auf eine Anklage und ein ordentliches Gerichtsverfahren warten.

Aus Hamburg sitzen derzeit noch weitere zwei Demokraten mit deutschem Pass fest: Dennis E. und Dogan C. TÜDAY-Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V., info@tuday.de, www.tuday.de



Ozan Canê ist eine Sängerin aus Köln. Sie wollte bei einer Wahlkampfveranstaltung der HDP in Edirne auftreten und sich mit ihr solidarisieren. Seit über zwei Monaten befindet sich die mit einem deutschen Pass ausgestattete Sängerin in türkischer Haft.

Türkei entführt weiterhin Kritiker aus dem Ausland

In der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator hat sich Medienberichten zufolge ein politischer Krimi abgespielt. Demnach habe der türkische Geheimdienst MIT dort versucht, einen angeblichen Führungskopf der Gülen-Bewegung zu entführen, um ihn per Flugzeug in die Türkei zu transportieren. Bei dem Mann handele es sich um den Direktor mehrerer Gülen-Schulen, so die regierungskritische Zeitung *Sözcü*. Ankara hat seit dem vereitelten Putschversuch immer wieder mutmaßliche Führungskader der Gülen-Bewegung, die für den Staatsstreich vom 15. Juli 2016 verantwortlich gemacht wird, im Ausland gefasst, u. a. in Kosovo, Gabun, Pakistan und Afghanistan. Die Aktion in der Mongolei misslang jedoch: Der Mann sei am Tag nach der Entführung unversehrt von der Polizei nach Hause gebracht worden. Unklar blieb, ob die versuchte Entführung in Kooperation mit mongolischen Behörden geschah. Ankara wies die öffentliche Darstellung des Vorfalls scharf zurück. Die Regierung empfinde „großes Unbehagen“ darüber, dass die Affäre als „Entführungs-Operation“ bezeichnet werde. „Diese Aussagen sind nicht wahr, wir weisen sie zurück“, so das Außenministerium. Nur wenige Tage zuvor hatte die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtet, der türkische Geheimdienst habe zwei angebliche Unterstützer der Bewegung in Aserbaidschan und der Ukraine dingfest gemacht und in die Türkei ausgeflogen. Diese seien „hochrangige Mitglieder“ des Gülen-Netzwerkes. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2OC1C1m>

Auf Gesuch der Regierung Erdogan wurde ein Bonner in Bulgarien verhaftet

Der Bonner Mehmet Yavuz wurde am 2. September auf Betreiben der Türkei in Bulgarien festgenommen. Familie Yavuz wollte im Ferienort Varna Urlaub machen. Doch der 44-Jährige wurde bei der Ankunft noch am Flughafen in Varna von der bulgarischen Polizei festgenommen, weil ein Haftbefehl der türkischen Behörden über Interpol gegen ihn vorlag. Das Auswärtige Amt (AA) teilte mit, der Fall sei ihm bekannt. Die deutsche Botschaft in Sofia betreue Mehmet Yavuz konsularisch. Mehr war vom AA nicht zu erfahren.

Seit 2 Jahren fahndet die Türkei über Interpol nach etwa 60.000 Kurdischen und türkischen Demokraten und die deutschen Behörden warnen sie nicht einmal, obwohl die Mehrheit von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft hat.

<http://www.general-anzeiger-bonn.de/stadt-bonn/T%C3%BCrkischst%C3%A4mmiger-Bonner-in-Bulgarien-verhaftet-article3935040.html> und SZ, 5.9.18

Razzien gegen kurdische Vereine und Einrichtungen der deutschen Linken

In den letzten Monaten häufen sich polizeiliche Razzien gegen kurdischen Vereins- und Büroräume sowie Einrichtungen der deutschen Linken, die sich vor allem mit der kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava solidarisieren. Als Begründung für die Hausdurchsuchungen dient in allen Fällen der Verdacht auf Verstoß gegen Artikel 20 Vereinsgesetz. Der Vorwurf besteht darin, auf Veranstaltungen und Demonstrationen angeblich verbotene Symbole der kurdischen Arbeiterpartei PKK oder ihr zuzurechnenden Organisationen verwendet zu haben. Neben den Büroräumen erfolgten parallel in den meisten Fällen auch die Durchsuchung von Privatwohnungen. In vielen Fällen kam es bei den Razzien zu massiven und gezielten erheblichen Sachbeschädigungen.

- » Am Vormittag des 23. Mai durchsuchten etwa 50 Polizeibeamt*innen die Räume des Alternativen Zentrums Alhambra in Oldenburg. Sie suchten Flaggen, die am 1. Mai in Solidarität mit den kurdischen Freiheitskämpfern gezeigt wurden. Die Polizei beschlagnahmte eine an die YPG angelehnte, selbst genähte Flagge.

- » Am 13. Juni erfolgte aufgrund ähnlicher Vorwürfe eine Razzia in den Vereinsräumen von NAV-DEM in Berlin. Ebenfalls von dieser Razzia betroffen waren Räumlichkeiten des kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit CIVAKA AZAD. Sowohl bei NAV-DEM als auch bei CIVAKA AZAD kam es durch den Einsatz der Polizei zu schweren Sachbeschädigungen.
- » Am 19. Juni 2018 fanden im Raum Cuxhaven umfangreiche Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Vereinsgesetz statt. 100 Polizisten durchsuchten 11 Objekte im Umfeld des Arbeitskreises Asyl Cuxhaven. Bei den Razzien wurden in großem Umfang Computer, Laptops und andere Speichermedien beschlagnahmt. Die vorgeworfenen Verstöße gegen das Vereinsgesetz sollen während verschiedener vom AK Asyl Cuxhaven angemeldeter Demonstrationen gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der türkischen Armee in die kurdische Enklave Afrin in Nordsyrien Anfang des Jahres erfolgt sein.
- » Auf Beschluss des Amtsgerichts Bielefeld wurden am 3. Juli das örtliche Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurden e.V. sowie die Privatwohnungen mehrerer Vorstandsmitglieder in Bielefeld durchsucht. Beschlagnahmt wurden insgesamt 107 Gegenstände, darunter Transparente, Bücher, Ordner, Flugblätter, Fotos, Zeitschriften, Postkarten, Aufkleber und Buttons. Die Polizeibeamten hatten sich durch das gewaltsame Aufbrechen der Eingangstür Zutritt verschafft.

Azadi sieht die seit Jahresbeginn deutlich verstärkte Repression gegen kurdische und deutsche Einrichtungen und Personen, die sich mit den kurdischen Verteidigungskräften in Syrien YPG solidarisch erklären, als direkte Folge von Abmachungen, die zwischen dem damaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu bei mehreren Treffen im Januar getroffen wurden. Zusätzlich zu den Waffenlieferungen an die Türkei macht sich die deutsche Bundesregierung auch durch die Bekämpfung jeglicher Solidarität mit Afrin und Rojava zur Kriegspartei an der Seite der Türkei.

Neben der generellen Verurteilung der Strafverfolgung aufgrund umstrittener Symbole der kurdischen Befreiungsbewegung sehen wir speziell bei den Hausdurchsuchungen keine Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Da die vorgeworfenen Verstöße gegen das Vereinsgesetz bei Demonstrationen und Veranstaltungen zumeist hinreichend durch die Polizei dokumentiert sind, dienen die Razzien nicht wie angegeben der Beweissicherung, sondern vornehmlich der Einschüchterung und der Ausspähung. Im Besonderen steht auch der polizeiliche Aufwand – zum Teil nahm eine ganze Hundertschaft an den Razzien teil – in keinem Verhältnis zur Schwere der vorgeworfenen Delikte. Die meisten Strafverfahren im Zusammenhang mit

dem Verwenden von Symbolen der kurdischen Befreiungsbewegung werden entweder eingestellt oder enden mit geringen Geldbußen.

Rechtshilfefond Azadi e.V., azadi@t-online.de, 25.07.2018

Sind die kurdischen Migranten Teil der deutschen Gesellschaft? Oder was haben Kurden Deutschland angetan?

Memo Şahin

Die schrecklichen Bilder und Nachrichten aus der Türkei des Jahres 2018, die fortlaufende Unterstützung eines Unrechtsregimes durch die Bundespolitik und die seit Jahrzehnten dauernde Benachteiligung, Diskriminierung und Verfolgung der Kurden auch hier in Deutschland machen Tausende und Zehntausende Kurdinnen und Kurden einfach wütend.

Nach fast sechzigjähriger Migration haben wir in Deutschland inzwischen eine große kurdische Gemeinde. Ihre Zahl liegt weit über einer Million. Die Kurden kommen aus mehreren Staaten und beherrschen mindestens drei Sprachen und bilden die zweit- oder drittgrößte Migranten-gruppe in vielen Ländern Europas. Die kurdische Community ist in sich multikulturell und multireligiös und hat sich in die europäische Gesellschaft erfolgreich integriert; sie ist offen, tolerant und säkular eingestellt.

Mit weit über hundert Vereinen zählen die Kurden mit zu den bestorganisierten Migrantengruppen in Deutschland. Aus ihrer Mitte hat die kurdische Gemeinschaft Zehntausende gut ausgebildete Akademiker hervorgebracht und sich zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Dennoch sind sie mit den anderen Migranten-gruppen nicht gleichgestellt. Die türkische Kurdenpolitik wird seit Jahrzehnten mit einer anderen Intensität auch in der Bundesrepublik fortgesetzt. Seit einem Vierteljahrhundert werden politisch aktive Kurd*innen auch hier verfolgt und kurdische Vereine, Verbände und Einrichtungen sowie Veranstaltungen und Demonstrationen verboten.

Während Deutschland sich für die mit Interpol-Haftbefehlen gesuchten Gülenisten stark macht, sie warnt, werden die kurdisch-türkischen Demokraten nicht einmal informiert. Sechzig Tausend Menschen können sich wegen dieser scheinheiligen Haftbefehle aus der Türkei nicht einmal in der EU frei bewegen. Die Reisefreiheit dieser Menschen auch mit deutschem Pass interessiert die deutschen Behörden und Ministerien anscheinend nicht.

Die eingebürgerten kurdischen und türkischen Demokraten werden in der Türkei, in Italien, in Spanien, in der Ukraine und in Kroatien oder anderswo wegen diesen dubiosen Haftbefehlen festgenommen und Deutschland unternimmt dagegen fast nichts.

Das war eine falsche Wortwahl und ich habe mich falsch ausgedrückt:

Natürlich unternimmt die Bundesregierung etwas. Sie mildert Reisehinweise bezüglich der Türkei, sie umgeht ihre eigenen Beschlüsse und gewährt einer islamo-faschistischen Diktatur Hermesbürgschaften. Sie liefert ihr Waffen, die für die Besetzung von Afrin in Nordsyrien eingesetzt und mit kurdischem Blut befleckt werden. Sie hofiert einen Diktator, der sowohl innerhalb seiner Grenzen als auch in Syrien und im Irak Krieg gegen das kurdische Volk führt.

Nicht nur dies. Die Arme des Herrschers in der Türkei reichen auch nach Deutschland. Eine Kunstaktion während der Biennale in Wiesbaden darf nicht stattfinden. Die hier lebenden Kurden und Türken werden im Auftrag der türkischen Gerichte, Geheimdienste und Ministerien verhört und ihre persönlichen Daten nach Ankara übermittelt. Kurdische Veranstaltungen werden unter lächerlichen Gründen verboten, auch Saalveranstaltungen.

Die „Neue Türkei“ Erdogans, die Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit in der Türkei außer Kraft gesetzt hat, verhindert den Gebrauch dieser Grundrechte auch hier, wenn es um die kurdisch-türkischen Demokraten geht.

Diese Beispiele belegen, dass das seit einem Vierteljahrhundert konsequent durchgesetzte sogenannte PKK-Verbot als Vorwand und Schleier für die Fortführung dieser schmutzigen Zusammenarbeit und zur Unterstützung einer Diktatur dient.

Keiner erwartet von Deutschland eine generelle Straflosigkeit gegenüber den Kurden und türkischen Demokraten. Keine Frage, dass kurdische Straftäter rechtstaatlich verfolgt und verurteilt werden müssen. Die Kurden hier aber werden pauschal kriminalisiert und bestraft, weil sie den gerechten Kampf, der in ihren Herkunftsländern, im geteilten Kurdistan geführt wird, unterstützen.

Ja, die PKK hat Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahren in Deutschland und Europa Fehler begangen, gewalttätige Aktionen durchgeführt. Dafür hat sie sich aber Mitte der 1990er Jahren auf der höchsten Ebene entschuldigt und der Bundesregierung sowie ihren Gesandten versichert, dass sie sich an die hiesigen Gesetze halten werde. Seitdem hält sie sich auch daran.

Haben Kurden etwa in Deutschland oder in Europa Flugzeuge entführt und deren Insassen in die Luft gesprengt? Haben sie etwa Europäer verschleppt und sie getötet?

Was ihnen seit zwanzig Jahren vorgeworfen wird, ist die Spendensammlung und die durchgeführten legalen Aktionen gegen die Kriegspolitik der Türkei.

Während islamistische Moscheeverbände mit Unsummen von Steuergeldern, auch der kurdischen und türkischen Demokraten finanziert werden, kämpfen die demokratischen Vereine der Kurden und Türken, die säkular und pluralistisch sind, um die Bezahlung ihre Mieten.

Es ist beispielhaft, wenn man einem hungrigen Menschen ein Brot schenkt. Es ist begrüßenswert, wenn man einen Obdachlosen unterstützt. Es ist ehrenhaft, wenn man den Menschen und demokratischen Kräften in Unrechtsstaaten zur Hilfe kommt und Entwicklungshilfe in Afrika leistet. Wenn man aber einem blutrünstigen Regime Waffen schenkt, ob man will oder nicht, macht man sich zum Mittäter, dessen, was dort geschieht und mit diesen Waffen praktiziert wird.

Allein zwischen 1985 und 1991 spendierte Deutschland der Türkei Kriegsmaterial im Wert von fast vier Milliarden D-Mark. Nur aus DDR-Beständen gelangten rund 256.000 Kalaschnikows, 5000 Maschinengewehre, rund 100.000 Panzerfäuste und 445 Millionen Schuss Munition in die Türkei. Über 400 gepanzerte Fahrzeuge rollten ebenfalls zum Nulltarif. Auch davor und danach wurden Waffen im Wert von über 10 Milliarden Euro an die Türkei verkauft. Im Schatten der aus Deutschland gelieferten Leopard-Panzer wurden Hunderttausende Menschen aus Afrin vertrieben.

Das sind Kriegsgeräte und Tötungsmaschinen, mit denen man Leben und Lebensgrundlagen zerstört, Kinder zu Waisen macht und Menschen in eine ungewisse Zukunft schiebt. Mit diesen Waffen werden auch heute Kurden ermordet, kurdische Siedlungen verwüstet, Zivilisten aus ihrer angestammten Heimat verjagt und vertrieben!

Seit drei Generationen und seit über 40 Jahren kämpfen und bemühen sich Kurden in Deutschland gegen diese schmutzige und doppelzüngige Politik.

Mein Sohn Rênas sagte einem Journalisten auf der Demonstration für Afrin in Köln, dass sein Opa, sein Vater und jetzt er gegen den Einsatz der deutschen Waffen in Kurdistan demonstrieren und protestieren. Geändert habe sich seit drei Generationen nichts, fügte er hinzu.

Obwohl die Mehrheit der Kurd*innen sich eingebürgert haben, säkular und demokratisch eingestellt sind, fühlen sie sich aufgrund der heuchlerischen Politik der Bundesregierung nicht gleichgestellt und akzeptiert. Sie fühlen sich benachteiligt und ausgegrenzt. Fast jede Woche werden sie Zeuge eines neuen schmutzigen Geschäfts mit einer blutrünstigen Diktatur und dies macht sie wütend und zugleich hilflos.

Sie fragen sich zurecht, ob sie als vollmündige Bürger Deutschlands und Teil der hiesigen Gesellschaft angesehen werden. Eine ehrliche Antwort auf diese Frage ist die Bundespolitik den Kurden schuldig!

Bundesregierung gibt Türkei-Sanktionen auf

Von FAZ-Wirtschaftsteil war am 21. Juli zu lesen:

Die Bundesregierung hat Teile ihrer Türkei-Sanktionen klammheimlich auslaufen lassen. Nach Informationen der F.A.Z. wurde die 2017 beschlossene Obergrenze für Exportgarantien, die als Druckmittel gegen die Regierung in Ankara gedacht war, für das laufende Jahr nicht verlängert – obgleich sich die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht verbessert hat und dort weiterhin 46 deutsche Staatsbürger in Haft sitzen.

Auch hat das Auswärtige Amt die damals verschärften Reisehinweise für Touristen und Geschäftsleute am Donnerstag nach dem Ende des Ausnahmezustands abgemildert. Die Neufassung mahnt weiterhin zur Vorsicht, enthält aber nicht mehr den Passus, es sei mit willkürlichen „Festnahmen in allen Landesteilen der Türkei einschließlich der touristisch frequentierten Regionen zu rechnen“.

Die Deckelung der sogenannten Hermes-Bürgschaften ist nicht nur ausgelaufen, sondern wurde 2017 offenbar auch überschritten. Statt die Grenze von 1,5 Milliarden Euro einzuhalten, wurden nach Informationen der F.A.Z. Exportgarantien über 1,57 Milliarden Euro vergeben.

Die Opposition zeigte sich empört. „Dass die Obergrenze gekappt wurde, ist ein Skandal“, sagt Alexander Neu, Politikwissenschaftler und Bundestagsabgeordneter der Linken. „Die Bedingungen in der Türkei haben sich ja nicht verbessert. Der Ausnahmezustand wurde im neuen Präsidialsystem institutionalisiert.“

Neu vermutet, dass sich das von der CDU geführte Wirtschaftsministerium dem Druck der Geschäftswelt gebeugt hat. „Die Bundesregierung denkt primär an das Wohl deutscher Rüstungsindustrien und will die Türkei aus strategischen Gründen nicht verärgern. Dabei werden die ansonsten hochgehaltenen westlichen Werte reihenweise entsorgt“, kritisierte er.

Zur Abmilderung der Vorsichtsmaßnahmen für Touristen und Geschäftsleute nach Ende des Ausnahmezustands hieß es lediglich: „Die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes orientieren sich an der Lage in dem jeweiligen Land und werden im Lichte der Entwicklungen regelmäßig angepasst.“

<http://plus.faz.net/faz-plus/wirtschaft/2018-07-21/a78c66e964f72bbccee07ae977178990?GEPc=s9>, 21.07.2018

Leserbrief Karl-Heinz Zulkowski-Stüben an die Cuxhavener Nachrichten

Sehr geehrte Redaktion,

zwei Seelen wohnen in meiner Brust bzgl. der Berichterstattung zum sogen. „Kurdenproblem“.

Am 20.06. berichteten sie unter der Überschrift: Großbrazzia: PKK im Focus, dass insgesamt 11 Objekte in Cuxhaven und Cadenberge durchsucht wurden. Angeblich standen Unterstützer der PKK im Visier. Ich selbst bin einer der angeblichen PKK-Unterstützer und meine Wohnung wurde auf Beschluss des Amtsgerichts Stade durchsucht und mein Computer, Laptop, alle Speichermedien, eine Fahne mit dem Konterfei dreier Frauen, die vermutlich vor 4 Jahren von dem türkischen Geheimdienst in Paris ermordet wurden und ein beidseitig beschrifteter Demo-Umhänger beschlagnahmt.

Was wird mir vorgeworfen? ich zitiere aus dem Beschluss: „Der Beschuldigte Zulkowski-Stüben unterstützt den gesondert Verfolgten (hier steht der Name des Hauptverdächtigen) wissentlich in seinem Tun, indem er Kontakte zu deutschen Organisationen herstellt, als Fahrer zu Demonstrationen fungiert und über Veranstaltungen mit PKK-Bezug informiert.“

Eine dieser deutschen Organisationen ist die Redaktion der Cuxhavener Nachrichten selbst. Am 21. Januar startete die türkisch Armee gemeinsam mit dschihadistischen Truppen einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die kurdische Enklave Afrin in Nordsyrien. Weltweit protestierten demokratisch gesinnte Menschen und gingen auf die Straße. Auch in Bremerhaven demonstrierten am folgenden Samstag rund 700 Menschen, darunter etwa 80 Personen aus Cuxhaven.

Auch Mitglieder des Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V. waren unter den Demonstranten.

Ich selbst bin 2. Vorsitzender des Vereins und hatte in dieser Eigenschaft mit Hilfe der Cuxhavener Nachrichten aufgerufen, sich an dem Protest zu beteiligen und da wir über einen VW-Bus verfügen Mitfahrgelegenheit angeboten, die auch von einigen genutzt wurde. Noch dreimal habe ich über die Cuxhavener Nachrichten zur Beteiligung an Demonstrationen in Bremerhaven bzw. einmal in Hannover aufgerufen. Alle Demonstrationen waren weder verboten noch von der Polizei unterbunden worden. Allein in Hannover hatten sich über 20.000 Menschen beteiligt, unter ihnen Herbert Schmalstieg, ehemaliger SPD-Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover und seine Gattin, ehemalige Sozialministerin in Niedersachsen. Sicherlich waren auch einige PKK-Unterstützer unter den Demonstranten, aber waren diese Demonstrationen deshalb Veranstaltungen mit PKK-Bezug? Sie sehen also wie schnell man in Verdacht geraten kann.

Nachträglich noch einmal herzlichen Dank an die Cuxhavener Nachrichten.

Umso unverständlicher ist mir die Berichterstattung des Redakteurs Frank Lütt vom 20. Juni.

Warum stellt dieser Zusammenhänge her, die tatsächlich nicht vorliegen. So behauptet er: „die Razzia von vergangener Woche und die gestrige stehen in einem Zusammenhang ...“ Dann zitiert er die Aussage der Polizei: „Die von langer Hand geplanten Polizeieinsätze im Clan-, Rocker- und Streetgangmilieu sowie die heutige Aktion sind Ausfluss monatelanger Ermittlungen einer Ermittlungsgruppe der Polizei Cuxhaven in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Stade.“

Der einzige Zusammenhang besteht also darin, dass beide Einsätze von der Polizei lange vorbereitet wurden. Der Redakteur aber vermittelt, dass auch die Kurden sich im sogen. Gangstermilieu bewegen. Dies unterstreicht er noch mit dem Begriff Shisha-Bar, der ebenfalls für viele Mitmenschen identisch ist mit Drogenkonsum, illegale Geldwäsche, verbotenem Glücksspiel.

Tatsächlich gibt es diese ehemalige Shisha-Bar schon seit vielen Jahren nicht mehr.

Auch die Polizei spricht nur von einer Teestube, einem Treffpunkt der örtlichen Kurden.

Dieser wurde eingerichtet, nachdem der türkische Präsident Erdogan den Aussöhnungsprozess mit den Kurden / PKK stoppte und stattdessen mit militärischer Gewalt gegen die Kurden im eigenen Land vorging. Dieses Vorgehen hatte auch Auswirkungen auf die örtliche Gemeinschaft der Türken und Kurden, die bis dahin ohne große Probleme miteinander in Cuxhaven lebten. Nationalistisch gesinnte Türken nahmen die Auseinandersetzungen in der Türkei jetzt zum Anlass, die Kurden auszugrenzen. Glücklicherweise gibt es immer noch auch Türken, die sich in der kurdischen Teestube wohlfühlen.

Warum spricht der Redakteur von einem PKK-Verantwortlichen, wo die Razzia erst dazu dienen soll, festzustellen ob dieser Verdacht gerechtfertigt ist. Solange ein Gerichtsurteil nicht vorliegt, gilt die Unschuldsvermutung auch für Kurden.

Gerade von verantwortungsvollen Journalisten erwarte ich eine korrekte Berichterstattung und das sie in der Lage sind, Aussagen der Polizei so wiederzugeben, wie diese tatsächlich gemacht wurden.

Zur Erinnerung: Es war die PKK, die Tausende Jesiden (vor allem Frauen und Kinder) vor dem IS gerettet hat und dafür auch von Frau Merkel ausdrücklich gelobt wurde. Aber heute hat der Mohr seine Schuldigkeit getan... Dass die deutsche Bundesregierung um ihren Flüchtlingsdeal mit Erdogan bangt und ihm deshalb in den Allerwertesten kriecht und mit aller Kraft versucht, berechtigten Protest zu unterbinden, wissen viele Bürger / Menschen in der BRD.

Aber deshalb muss sich kein Redakteur daran beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Zulkowski-Stüben, Cuxhaven 21.06.2018

Tränengas für trauernde „Samstagsmütter“



Emine Ocak sucht seit 23 Jahren ihren verschleppten Sohn. Sie wurde 1995 festgenommen und 2018 auch. Die Geschichte einer 23-jährigen Suche nach dem Verbleib ihres Sohnes.

Von Tom Stevenson und Murat Bayram aus Istanbul

Bereits seit 699 Wochen halten die „Samstagsmütter“ im Zentrum von Istanbul jeden Samstag eine Mahnwache ab, um an die Hunderten Opfer zu erinnern, die in der Türkei zwangsweise verschleppt wurden. Vergangene Woche wollten sie sich zum 700sten Mal treffen. Doch die türkische Regierung hatte offenbar andere Pläne.

Gemeinsam mit ihren Unterstützern versammelten sich die – zumeist weiblichen – Mitglieder der Organisation der „Samstagsmütter“ in der Istanbuler Istiklal-Straße. Dort wurden sie von türkischen Sicherheitskräften angehalten und aufgefordert, ihre Versammlung aufzulösen, was die Mütter jedoch verweigerten. „Ihr habt unsere Söhne getötet“, schrie eine von ihnen aus der Menge heraus. Daraufhin setzte die Polizei Tränengas ein, um die Demonstration aufzulösen. Die Teilnehmerinnen liefen davon, einige von ihnen brachen zusammen und klagten unter Atemnot. Rund zwanzig Personen wurden festgenommen.

Mahnwachen der „Samstagsmütter“ finden auch in anderen Städten statt. So auch in Diyarbakır, der Hochburg der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei. In Istanbul werden sie bereits seit 1995 abgehalten – und die Stimmung dort ist dramatisch: Dort, wo sich die „Samstagsmütter“ dieses Mal getroffen haben, liegen schwarze Plakate mit den Namen Dutzender von Männern auf dem Boden – Männer, die von den Sicherheitskräften verschleppt wurden. Still sitzen die Frauen daneben und halten Fotos

der „Verschwundenen“ in ihren Händen. Manchmal erzählen die Familienmitglieder die Geschichten der Opfer. Die Frauen fordern Aufklärung und nähere Informationen über ihre verlorenen Angehörigen.



Der Protest und das Ritual der Erinnerung

Selvi Gulmez nimmt bereits seit 23 Jahren an diesen wöchentlichen Versammlungen teil. 2001 wurde ihre Tochter Nergiz als politische Gefangene eingesperrt. Aus Protest gegen ihre Haft trat sie für 135 Tage in den Hungerstreik, wo sie schließlich starb. Ihre Mutter demonstriert nun in Istanbul – und dies schon länger als alle anderen.

„Warum werden wir hier angegriffen? Ich habe meine Tochter an den Staat verloren, und auch unsere Freunde vermissen ihre Angehörigen“, ruft Gulmez, die vor den Tränengas-Schwaden in eine Unterführung in der Nähe der Istiklal-Straße floh und sich auf einen Gehstock stützt. Noch vor dem Tod ihrer Tochter war auch ihr Sohn Ali verhaftet worden. 17 Jahre lang saß er nun schon in mehreren Hochsicherheitsgefängnissen, davon lange Zeit in Einzelhaft.

Widerstand gegen alle Formen staatlicher Gewalt

Vor allem in den 1990er Jahren ereigneten sich die meisten Fälle von Polizeigewalt. Damals eskalierte in der Südosttürkei der Krieg der Sicherheitskräfte gegen die verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK), und auch die Unterdrückung der kurdischen Mehrheit im Osten Anatoliens erreichte ihren Höhepunkt. Doch heute protestieren die „Samstagsmütter“ nicht nur gegen das Verschwinden von Menschen und die Verbrechen von damals, sondern auch gegen viele gegenwärtige Formen staatlicher Gewalt.

Auch Emine Kucukbumin wollte an dieser 700sten Mahnwache am vergangenen Samstag teilnehmen – bis diese gewaltsam beendet wurde. Vor sechs Jahren hatte ihr Sohn Deniz als Universitätsstudent versucht, eine politische Zeitschrift zu veröffentlichen. Im Haus seiner Familie wurde er verhaftet und verschwand für eine Weile.

„Ich bin ganz neu hier bei den Mahnwachen dabei, erst seit sechs Jahren“, berichtet sie. „Die Menschen suchen nach ihren Angehörigen. Das hier ist unser Protest, ein würdevoll und respektvoller Protest. Aber so etwas wie den heutigen Angriff auf unsere Demonstration habe ich bislang noch nie woanders erlebt.“

Kucukbumins Sohn ist es nach seiner Freilassung inzwischen gelungen, die Türkei zu verlassen. In Frankreich wurde ihm politisches Asyl gewährt. Doch sie demonstriert weiterhin, um die Familien zu unterstützen, deren Söhne immer noch eingesperrt oder vermisst sind. Als Kucukbumin das erste Mal an einer Mahnwache teilnahm, sagt sie, seien in der Türkei 600 Studenten im Gefängnis gewesen. „Ich wollte damals weiter auf die Straße gehen, bis alle frei sind, doch heute sind es Zehntausende. Also werde ich wohl noch für den Rest meines Lebens hier demonstrieren.“

In Diyarbakir werden die Mahnwachen der „Samstagsmütter“ oft noch stärker unterdrückt als in Istanbul. Früher fanden sie unter einem Denkmal für Menschenrechte in einem Stadtpark statt. Im letzten Jahr wurde die Versammlung allerdings verboten. Seitdem müssen sich die Mütter in Privaträumen treffen.



Wachsende Solidarität

Auch Eren Keskin, Rechtsanwältin und Vizepräsidentin der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD, nahm an der letzten Kundgebung teil. Sie ist der Ansicht, dass zur 700sten Mahnwache in Istanbul viel mehr solidarische Bürger erwartet worden seien als zuvor. Dies habe die Behörden schließlich zu einer harten Reaktion veranlasst: „Nicht nur Mitglieder kurdischer oder sozialistischer Gruppen waren dieses Mal dabei, sondern auch Menschen, die nicht zum üblichen Kreis gehören. Und dies war gewiss auch der Grund dafür, weshalb sich die Polizei so verhalten hat.“ Keskin verweist gleichzeitig auf die lange Geschichte der Zwangsverschleppungen in der Türkei – eine Geschichte, die bis zum armenischen Völkermord von 1915 zurückreicht.

Im Jahr 2013 behauptete die regierende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP), die Zeiten seien vorbei, als türkische Bürger von Sicherheitskräften verschleppt und für immer verschwanden. Doch für Eren Keskin steht fest, dass der Angriff auf die Mahnwache der „Samstagsmütter“ ein Schlaglicht auf die aktuelle Politik der türkischen Regierung wirft: „Nach dem Angriff auf die Demonstration der ‚Samstagsmütter‘ ist klar geworden, was die Regierung von Polizeigewalt hält – und von denjenigen, die sich ihr entgegenstellen!“

Auf der Website der deutschen Sektion von Amnesty International können Sie direkt einen Appell unterzeichnen oder einen Musterbrief herunterladen: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/mahnwache-muss-stattfinden-koennen>

Tom Stevenson und Murat Bayram, © Qantara.de 2018, Aus dem Englischen von Harald Eckhoff <https://de.qantara.de/inhalt/staatliche-unterdrueckung-in-der-tuerkei-traenengas-fuer-trauernde-samstagsmuetter>

Herrscherweihe für Erdoğan – „Neue Türkei“ ins Leben gerufen

Am 09. Juli 2018, 15:30 Uhr Ortszeit, hat die nahezu 100 Jahre alte Türkische Republik eine Zäsur unbekanntem Ausmaßes erfahren. Mit dem Amtseid des alten und neuen Präsidenten Erdoğan ist die Türkei nun offiziell eine Präsidialdemokratie. Die Funktion des Ministerpräsidenten ist abgeschafft; dessen Kompetenzen sind auf den Präsidenten übergegangen, der nun mit erheblich erweiterten Befugnissen ausgestattet ist. Erdoğan ist jetzt gleichzeitig Präsident, Regierungschef, Parteichef, Oberbefehlshaber und Vorsitzender etlicher Kommissionen, die das Land letztlich administrativ leiten sollen. Der ungarische Politologe András Körösi hat den Begriff 'Führerdemokratie' zwar für Ungarn geprägt; er lässt sich aber auch ohne weiteres für die Türkei Anno 2018 anwenden. Erdoğan selbst spricht hierbei immer von der „Neuen Türkei“. Die regierungskritische Cumhuriyet titelte: „Schlimmer als der Ausnahmezustand“, und kritisierte die neuen, allumfassenden Befugnisse des Präsidenten. Keine halbe Stunde hat der offizielle Übergang zum neuen System gedauert. Erdoğan spulte das Programm routiniert ab, trat ans Rednerpult, versprach, Demokratie, Rechtsstaat und die „Prinzipien der säkularen Republik“ einzuhalten, so wie es die Formel des Amtseids vorschreibt. Dann applaudierten die Abgeordneten seiner regierenden AKP ebenso wie die rechtsgerichteten Nationalisten der MHP, während die Opposition sitzen blieb oder – wie der Vorsitzende der säkular-kemalistischen CHP – gar nicht erst erschienen war. Der Sender CNN Türk blendete nach der kurzen Zeremonie den Schriftzug ein: „Das neue System ist offiziell in Kraft“.

In einer ersten Rede nach seiner Vereidigung versprach Erdoğan einen Neustart: „Wir lassen ein System zurück, das politisches, soziales und wirtschaftliches Chaos verursacht hat“, erklärte er vor 6.000 Gästen im Präsidentenpalast in Ankara. Erdoğan war dort mit Gattin Emine in einer rosen geschmückten Limousine eingetroffen, begrüßt von 101 Salutschüssen. In der neuen Ära werde die Türkei „in jedem

Bereich, von der Demokratie bis zu Grundrechten und Freiheiten, von der Wirtschaft bis hin zu großen Investitionen“ besser werden. Erdoğan, der das Wechselspiel von Drama und Entspannung wie kein zweiter beherrscht, adressierte die Welt im üblichen Ton: belehrend, besserwisserisch, triumphierend. Er wolle der Präsident aller Türken sein. Berauscht von eigener Machtfülle wiederholte er auch hier sein Wahlkampfversprechen, die Türkei zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt zu machen.

Mit der Vereidigung Erdoğan als Präsident und der des neuen Parlaments hat in der Türkei die neue Phase der Präsidialdemokratie begonnen. Zahlreiche Gesetze wurden mit Hilfe eines Dekrets an das neue Präsidialsystem angepasst. „Die exekutive Gewalt übt der Staatspräsident aus“, lautet die Eingangszeile des Dekrets. Binali Yıldırım, der letzte Ministerpräsident im alten System, wurde zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt.

Mehr als 500 Paragraphen umfasst das erste Präsidialdekret, das Erdoğan nur Stunden nach seiner Amtseinführung im Amtsblatt veröffentlichte. Es beschreibt Teile der neuen Regierungsverwaltung und trägt nur noch seine Unterschrift, nicht länger auch die der verantwortlichen Minister.

Für Aufregung sorgte folgendes Detail im Präsidialdekret: Universitätsrektoren müssen zukünftig keine Professoren mehr sein. So kann Erdoğan in Zukunft noch freier entscheiden, welche Person er mit der Leitung einer Hochschule betraut. Der Leiter der Zentralbank muss zukünftig nicht länger zehn Jahre Arbeitserfahrung in seinem Bereich vorweisen können. Seine Stellvertreter können zudem nun sogar parallel Unternehmen führen. Das gilt als ein erstes Antasten der Unabhängigkeit der Zentralbank. Für die Ratingagenturen, die zuletzt die Türkei wiederholt abgewertet hatten, ist jedoch genau diese Unabhängigkeit essentiell für die Vertrauenswürdigkeit der türkischen Geldpolitik.

Mit der formellen Aufhebung des Ausnahmezustands kommt Erdoğan einem Versprechen aus dem Präsidentschaftswahlkampf nach. Der OHAL, wie der Ausnahmezustand im Türkischen abgekürzt wird, war wenige Tage nach dem sogenannten Putschversuch vom 15. Juli 2016 verhängt worden; er war insgesamt sieben Mal um jeweils drei Monate verlängert worden. Sowohl das Verfassungsreferendum zur Umstellung des Parlamentarischen Systems auf das neue Präsidialsystem im vergangenen Jahr als auch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 24. Juni fanden unter dem OHAL statt.

Kurz vor der möglichen Aufhebung des Ausnahmezustands hat Erdoğan nochmals mehr als 18.000 Staatsbedienstete, darunter Polizisten, Armeeangehörige, Lehrer, Universitätsdozenten und Mitarbeiter verschiedener Ministerien, entlassen. Außerdem wurden zwölf Vereine, drei Zeitungen und ein Fernsehsender verboten. Grund



für die Maßnahme seien mutmaßliche Verbindungen der betroffenen Personen zu Terrororganisationen oder Aktivitäten gegen die Staatssicherheit. Seit Verhängung des Ausnahmezustands 2016 wurden laut Angaben des UNO-Menschenrechtsbüros etwa 160.000 Staatsbedienstete entlassen, mehr als 50.000 von ihnen wurden angeklagt und befanden (oder: befinden) sich während ihrer Gerichtsverfahren in Haft. Zudem wurden mehr als 70.000 Menschen inhaftiert, zahlreiche Vereine und Medien geschlossen. Unter den Zeitungen, die mit dem neuesten Dekret geschlossen wurden, befindet sich die pro-kurdische „Özgürlükçü Demokrasi“, die Nachfolgezeitung der ebenfalls verbotenen „Özgür Demokrasi“.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2uDpsRh>

Notstand wird durch neues Anti-Terror-Gesetz zum Dauerzustand

Nachdem der Ausnahmezustand nach knapp zwei Jahren Gültigkeit nicht weiter verlängert worden ist, hat das türkische Parlament vorige Woche neue Anti-Terror-Gesetze beschlossen, die laut Kritikern dem gesetzlichen Notstand in nichts nachstehen.

In 27 Paragraphen wird geregelt, wie der Staat den Kampf gegen den Terror auch unter 'normalen' Umständen weiterführen wird. Die Provinzgouverneure behalten einen Großteil der ihnen im Ausnahmezustand zugewachsenen Machtkompetenzen. So sind sie u.a. dazu befugt, Menschen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie „die öffentliche Ordnung oder Sicherheit stören“, bis zu 15 Tage lang den Zugang zu bestimmten Orten oder Regionen zu verwehren. Sie dürfen weiterhin die Versammlungsfreiheit einschränken – Demos nach Einbruch der Dunkelheit

bleiben untersagt. Sicherheitskräfte dürfen Verdächtige bis zu 12 Tage in Polizeigewahrsam halten – länger als noch vor der Verkündung des Ausnahmezustands im Sommer 2016. Kritiker sprechen bei so viel Machtfülle von 'Supergouverneuren' und werfen der Regierung vor, die Gouverneure des Staates für die Regierung zu missbrauchen.

Nach den Massenentlassungen im Ausnahmezustand erwartet die Regierung offenbar weitere Kündigungen – die Paragraphen regeln im Detail wie Richter, Sicherheitskräfte oder andere Staatsbeamte entlassen werden können. Wie während des Ausnahmezustandes will die Regierung weiterhin die Pässe all jener, die wegen Terrorverdachts aus dem Staatsdienst entlassen oder suspendiert wurden, einziehen oder für ungültig erklären. Das gilt auch weiterhin für deren Ehepartner. Die neuen Regelungen sollen für zunächst drei Jahre gelten. Kritiker sagen, die Regierung habe den Ausnahmezustand nicht beendet, sondern ihn de facto für drei weitere Jahre verlängert.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org,
<http://bit.ly/2OC1C1m>

Zwei Jahre Ausnahmezustand in der Türkei in Zahlen

Mehr als **70.000 Menschen** warten zurzeit im Gefängnis auf ihre Anklage oder ihr Gerichtsverfahren.

Mehr als **170 Medienhäuser** wurden geschlossen.

Mehr als **150 Journalistinnen und Journalisten** sind momentan inhaftiert.

Mehr als **360 Akademikerinnen und Akademiker** werden wegen eines Friedensappells strafrechtlich verfolgt.

Mehr als **1.500 Organisationen und Stiftungen** wurden geschlossen.

Mehr als **130.000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst** wurden fristlos entlassen

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/tuerkei-das-ende-des-ausnahmezustands-darf-keine-kosmetische-geste-sein>,
 19.07.2018

Wegen Karikatur – Die Welt der Tayyips – vier Studenten festgenommen

Vier Studenten der renommierten Ortadoğu Teknik Üniversitesi (ODTÜ) (engl.: Middle East Technical University) in Ankara sind festgenommen worden, weil sie beim traditionellen Umzug zur Abschlussfeier des Studienjahrs eine alte Erdoğan-Karikatur mitführten: Erdoğan als Giraffe, Frosch, Kamel, Kuh, Elefant, Pinguin, Schlange und Affe. Titel: „Die Welt der Tayyips“. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, hat die Karikatur aus Solidarität mit den Studenten getwittert; 72 Abgeordnete seiner Partei – mehr als die Hälfte der Fraktion – taten es ihm gleich. Gegen alle hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet – Vorwurf: Amtsbeleidigung. Die Karikatur selbst war 2005 auf der Titelseite der – inzwischen nicht mehr existierenden – Satirezeitschrift „Penguen“ erschienen. Erdoğan war damals Ministerpräsident und hatte die Zeichner auch sogleich verklagt; die Klage war aber vom Gericht abgewiesen worden.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2OC1C1m>

Der Absturz der Lira wird zum Problem für Erdogan

Elke Dangeleit

Kapitalflucht, die türkische Lira auf Talfahrt gegenüber Dollar und Euro, schrumpfende Devisenreserven: Mehrere internationale Ökonomen prophezeien den baldigen Zusammenbruch der türkischen Wirtschaft. Die Anhänger Erdogans verbreiten dazu wie üblich Verschwörungstheorien: Angeblich bereiten die westlichen Finanzmärkte einen wirtschaftlichen Putsch vor, nachdem es dem Westen vor zwei Jahren nicht gelungen sei, Erdogan durch den Putschversuch im Juli 2016 zu kippen.

Reflexartig reagieren türkische Politiker auf den heranahenden Exitus der türkischen Wirtschaft mit Schuldzuweisungen in Richtung Europa und USA. Nicht die verfehlte Wirtschafts- und Zinspolitik Erdogans und seines Clans, nicht die selbstverschuldete Immobilienblase sei schuld an der Misere, sondern ausländische Spekulanten und einflussreiche Investoren würden versuchen, die türkische Lira in Grund und Boden zu spekulieren.

Der Wirtschaftswissenschaftler Muratoglu weist diese Verschwörungstheorien zurück: Nicht äußere Mächte,



sondern ein schlechtes internes Management sei schuld an der Misere. Die Regierung würde versuchen, die Menschen im Lande Glauben zu lassen, dass, wenn Erdogan gegen „fremde Mächte“ kämpft, es am Ende allen Menschen im Lande besser gehen würde. (...)

Der Absturz der Lira

Seit März dieses Jahres geht es mit der türkischen Lira kontinuierlich bergab. Allein seit dem Tag der Vereidigung von Erdogan am 9.7. und der von internationalen Ökonomen mit Stirnrunzeln beobachteten Ernennung seines Schwiegersohnes Berat Albayrak zum Finanzminister am 10.7. stürzte die türkische Lira um sieben Prozent ab.

Befeuert wurde diese Entwicklung mit der Ermächtigung Erdogans, künftig den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Zentralbank sowie weitere Posten allein zu ernennen und die Amtszeit der beiden von fünf auf vier Jahre zu verkürzen. Diese Machtvollkommenheit betrifft die gesamte Staatsbürokratie, wo der Präsident ihm ergebene Kandidaten beliebig auf Schlüsselpositionen hieven kann.

Todesstoß für viele türkische Banken und Firmen

Der Fall der Lira macht vor allem den Unternehmen und den Banken zu schaffen, die hohe Kredite in Dollar aufgenommen haben. Angesichts des Liraverfalls sind sie kaum mehr in der Lage, die Kredite zu bedienen. Es wird befürchtet, dass deshalb innerhalb der nächsten zwei Jahre etwa die Hälfte der türkischen Unternehmen Pleite gehen kann.

Angesichts der politischen und ökonomischen Gesamtsituation kommt es zusätzlich zu einem starken Abzug ausländischen Kapitals, aber auch der noch in türkischem Besitz befindlichen Devisenbestände von Unternehmen und Privatleuten. Hinzu kommt, dass der Binnenmarkt ebenfalls angeschlagen ist, weil die meisten Normalbürger bei ihren Banken hoch verschuldet sind und es inzwischen für sie schwierig wird, das nötige Geld für Konsumgüter aufzubringen.

Mit dem Lira-Verfall sind die Preise für Importgüter enorm gestiegen. Dies hat Auswirkungen auf die Inflationsrate, die inzwischen bei 15 Prozent liegt. Schwächelnde und in Konkurs gehende Firmen und die Billigkonkurrenz durch

die für Hungerlöhne arbeitenden geflüchteten Syrer haben die offizielle Arbeitslosenrate auf 10 Prozent ansteigen lassen.

Der Elendsindex, der durch den Zusammenhang von Inflationsrate und Arbeitslosigkeit errechnet wird, liegt bei 25 Prozent, das ist der höchste Stand seit 15 Jahren.

Mit dem Inkrafttreten seines neuen Präsidialsystems hat sich Erdogan gerade den „Staatsfonds zur Einlagensicherung“ (TMSF) mit 937 – vor allem seit dem Putschversuch enteigneten – Unternehmen, einem Vermögen von 8,9 Milliarden € und 47.000 Mitarbeitern direkt unterstellt. Natürlich hatten auch die Enteignungen großer wie kleiner Unternehmen seit Juli 2016 Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Konfiszierungen

International wurden sie als politisches Signal gegen das freie Unternehmertum gewertet. National bedeuteten sie unter anderem, dass ganze Familien in Sippenhaft genommen, ihre Vermögen konfisziert und Erdogans Gefolgsleuten übergeben wurden. Oft wurden so zusätzliche Arbeitslose produziert.

In der Region Van beispielsweise ließ der von der Regierung eingesetzte Zwangsverwalter der Stadtverwaltung Edremit, Atif Çiçekli, Geschäfte von Bürgern, die sich zur HDP bekennen, mit der Begründung schließen, sie hätten Verwandte bei der PKK. Die Läden und Werkstätten wurden ausgeplündert und abgerissen.

Landbesitz der Bevölkerung am Vansee führte er unter dem Vorwand „Volksstrände“ anlegen zu wollen, in kommunalen Besitz über. Die Massenentlassungen im Bildungssystem, Militär und Polizei, der Braindrain gut ausgebildeter Menschen, das alles belastet die türkische Wirtschaft und schafft weitere Armut.

Apropos Sippenhaft: Es war zwar schon die ganze Zeit gang und gäbe, dass den Ehepartnern von Angeklagten der Pass entzogen wurde – nun wurde das ganz offiziell von Erdogan angeordnet.

Großprojekt Superflughafen

Zu den besonderen ökonomischen Risiken gehören Großprojekte wie der neue 13 Milliarden Dollar teure, 28 Meilen lange Kanal vom Schwarzen Meer zum Marmarameer oder der neue Superflughafen in Istanbul, mit denen Erdogan sein Image aufmöbeln will. Es wird erwartet, dass das Flughafenprojekt fast 12 Milliarden US-Dollar kostet und mit sechs Landebahnen ein Gebiet so groß wie Manhattan umfasst.

Nach einem Jahrzehnt Bauzeit soll der Komplex 200 Millionen Menschen pro Jahr transportieren und damit zum größten Flughafen der Welt werden. Er ist inzwischen auch zum Symbol rücksichtsloser Umweltzerstörung und ungehemmter Korruption geworden, von den unzähligen tödlichen Arbeitsunfällen ganz zu schweigen.

Die Aufträge für den Flughafenbau – sein erster Teil soll im Oktober 2018 eröffnet werden – gingen an Baufirmen, die eng mit Erdogan verbunden sind. Die Regierung hat ihnen gegen etwaige Verluste Garantien gegeben. Wenn, wie viele Ökonomen erwarten, der Flughafen mehr kostet als er einbringt, wird die Öffentlichkeit die Rechnung zahlen müssen. So wie jetzt schon die Dorfbewohner die Rechnung zahlen, die von ihrem Land vertrieben wurden, um Platz für den neuen Flughafen zu schaffen.

„Erdogan achtet nur auf seine eigenen Leute“, sagt Bora Daylar, ein Bauer, dessen Weideland durch das Projekt beschlagnahmt wurde und für das er nur eine geringe Entschädigung erhielt. Schon sein Großvater bewirtschaftete das Land mit dem Anbau von Erbsen und Wassermelonen, sein Enkel stellte dann auf die Aufzucht von Kühen um. Nun sitzt der arbeitslose Bora Daylar da und wartet auf den Abtransport seiner Kühe, die er verkaufen musste.

Eine Aussicht auf einen Job hat er kaum. „Ich kann mit Landwirtschaft kein Geld mehr verdienen“, sagte Daylar. „Die Kosten sind sehr hoch. Die Landwirtschaft ist tot. ... Uns bleibt nichts übrig.“ Can Oz, der Inhaber des Buch- und Zeitschriftenverlags Can Publishing in Istanbul ist der Meinung, dass jetzt schon jeder in einer Krise sei. „Jeder, der auch nur den geringsten Intellekt und das geringste Wissen über die Wirtschaft besitzt, weiß das. Aber die Regierung versteckt es.“

Die Gewinne von Can Publishing sind gesunken, da der Wertverlust der Lira das Unternehmen gezwungen hat, mehr Geld für Papier aus Finnland und Leim aus Deutschland zu bezahlen. Die Händler in Istanbul „Großem Basar“ beschwerten sich über steigende Mieten, die sie in Dollar oder Euro bezahlen müssen, während die Verkäufe in Lira rückläufig sind. In der New York Times werden sie zitiert: „Die Türkische Lira ist wie Eis bei heißem Wetter. In der Sekunde, in der du es rausholst, fängt es an zu schmelzen.“

Alarmierte Finanzmärkte

Die internationalen Finanzmarktakteure gehen davon aus, dass die Türkei in den nächsten Wochen in eine existenzielle Zahlungsbilanzkrise gerät und ein Hilfsfall für den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird, wenn Erdogan weiter so autistisch regiert wie bisher. Mittel des IWF würden unweigerlich mit schmerzhaften Auflagen versehen und weitere sehr negative Auswirkungen für die breite Bevölkerung nach sich ziehen.

Das Land muss in den nächsten Monaten 182 Milliarden Dollar an Krediten zurückzahlen. Vor diesem Hintergrund sind die Zinsen für zehnjährige türkische Staatsanleihen auf 18 Prozent gestiegen. Dabei sind die Devisenreserven mittlerweile auf 80 Milliarden Dollar geschrumpft.

Schon in den letzten Monaten wurden Löcher durch einen Abbau der Goldreserven um drei Milliarden Dollar

gestopft. Die ausländischen Investoren sind auch angesichts der Erosion der politischen Institutionen zurückhaltend bzw. ziehen ihr Kapital aus der Türkei ab.

Die Ratingagentur Moody's warnte vor einem rapiden Anstieg der faulen Kredite bei türkischen Banken. Auch deswegen stürzten von Januar bis Juli dieses Jahres die Aktienkurse der Garantie Bank, Halkbank und Isbank um 40 Prozent.

Keine Lösung unter Erdogan in Sicht

Wie Erdogan die Wirtschaft retten will steht in den Sternen. Vielleicht vertraut er darauf, dass die Türkei „too big to fail“ ist und ein Zusammenbruch der Türkei unweigerlich enorme negative Konsequenzen für den Euroraum, wie überhaupt für die EU hätte.

Gerade spanische, französische und italienische Banken sind in der Türkei hoch engagiert. Müssten sie ihre Türkiedkredite abschreiben, wäre eine neue Eurokrise nicht fern. Paul Gamble, Analyst bei der Ratingagentur Fitch sieht eine Lösung nur in höheren Zinsen. Doch Erdogan hat dieser Lösung schon länger eine Absage erteilt.

Die Zinsen liegen heute schon bei 17,75 Prozent. Eine weitere Steigerung würde das Wirtschaftswachstum dämpfen und die Expansionsbestrebungen der Immobilien- und Bauindustrie mit weiteren Prestigeprojekten beenden. Nur eine unabhängige und glaubwürdige Geldpolitik könne die Inflation eindämmen, meint Gamble.

Doch Erdogan habe marktfreundliche Minister, die noch das Vertrauen der Finanzmärkte hatten, aus dem Kabinett geworfen und stattdessen seinen Schwiegersohn als neuen Finanzminister eingesetzt. Dessen erste Amtshandlung war eine harsche Zurechtweisung der Ratingagenturen und Investmentbanken. Eine unabhängige Notenbank sei nicht akzeptabel, wiederholte er die Aussage von Schwiegervater Erdogan.

Der Wirtschaftswissenschaftler Murat Muratoglu zweifelte in dem bereits erwähnten Interview mit der oppositionellen Zeitung Cumhuriyet, dass die türkische Regierung mit ihrem gegenwärtigen Kurs die Wirtschaft stabilisieren und die Arbeitslosigkeit und Inflation reduzieren kann.

Er rechnet mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft schon im August, also in einem Monat und prophezeit eine Verschlimmerung der Lage in den nächsten drei Jahren, die vor allem die Bevölkerung empfindlich treffen wird. Die Bankkonten der Bürger in Fremdwährung und Devisenwechsel unterliegen künftig der Zustimmung des Staates.

Das trifft vor allem den privaten Sektor erklärt Muratoglu. Der private Sektor hat eine Auslandsverschuldung von rund 245 Milliarden Dollar – fast ein Drittel der Gesamtwirtschaft des Landes: „Wenn Sie die Währungen dieser Unternehmen konfiszieren, wie werden sie ihre Schulden im Ausland bezahlen?“

Die Staats- und Bankenkrise 2001, die damals Erdogan an die Macht brachte, ist nichts im Vergleich zur heutigen Krise, dessen ist sich der Wirtschaftswissenschaftler sicher. Damals war die Krise vor allem eine Staats- und Bankenkrise, während Bevölkerung und Unternehmen damals noch kaum verschuldet waren.

Heute beträgt die Schuldenlast der Bürger rund 55 Prozent ihres Einkommens. Über Steuereinnahmen wird die Regierung das Loch nicht stopfen können. Schon heute zahlt kaum noch jemand die Mehrwertsteuer, berichtet Muratoglu.

Die New York Times führt aus, dass Erdogan immer seinen Einfluss geltend gemacht hat, um unerbittliches wirtschaftliches Wachstum durch ungebremste Kreditaufnahme zu erreichen und die Schuldenstände in besorgniserregende Höhen zu heben.

Zitiert wird Marie Owens Thomsen, Chefökonomin bei Indosuez Wealth Management in Genf: „Die Türkei könnte das nächste Land sein, das sich auflöst. Es hat alle Voraussetzungen für den Beginn eines gescheiterten Staates.“

Flüchtlingshilfe fließt in türkische Staatskasse

Besonders interessant für europäische Steuerzahler ist folgender Passus im Cumhuriyet-Interview mit Muratoglu, als er gefragt wird: „Im Rahmen des Flüchtlingsabkommens mit der EU wurde vereinbart, dass die EU 3 Milliarden Dollar zahlt. Reicht das aus, um die Kosten von dreieinhalb Millionen registrierter syrischer Asylsuchender zu decken? Oder sind sie eine wirtschaftliche Belastung für die Türkei?“

Die Antwort von Muratoglu ist ernüchternd und alarmierend zugleich: „(...) die Europäer sind etwas einfältige Menschen, sie achten wenig auf die Richtigkeit der Rechnungen, sie zahlen einfach. Bis heute wurden angeblich 35–40 Milliarden Dollar für die Syrer ausgegeben. Schon wenn nur 5 Milliarden Dollar für die Syrer ausgegeben worden sein sollen, ist mir schleierhaft wofür. Für die Syrer wurde kein Geld ausgegeben. Ich denke, wo im Haushalt unerklärliche Ausgaben stattfinden wird behauptet, dass es „für die Syrer ausgegeben“ wurde (...) Wie um Gottes willen wurden 40 Milliarden für die Syrer ausgegeben? Diese Leute werden doch nur ausgebeutet. Für 3 Kuruş lässt man sie arbeiten.“

Was steht konkret bevor?

Die Frankfurter Allgemeine zitiert dazu eine Devisenanalystin der Commerzbank: „Die Stunde der Wahrheit kommt am 24. Juli.“ Dann tagt die Notenbank. Um Inflation und Lira-Verfall aufzuhalten, müssten die Zinsen steigen. Erdogan verlangt aber das Gegenteil. Falls die Zinsen fielen, wäre der bisherige Kursverlust der Lira „nur ein lächerlicher Abklatsch dessen, was drohen könnte. Dann wären wohl auch Kapitalverkehrskontrollen unvermeidbar“.

Noch problematischer für Erdogan würde es, wenn sich sechs einflussreiche republikanische und demokratische Mitglieder des US-Senats durchsetzen würden: Als Reaktion auf die neuerliche Haftverlängerung des protestantischen US-Pastors Brunson am Mittwoch und die lange Haft von US-Botschafts- und Konsulatsmitarbeitern in der Türkei brachten sie am Donnerstag ihren Gesetzesentwurf („Turkey International Financial Institutions Act“) ein.

Dieser fordert ein US-Veto für Türkei-Darlehen internationaler Finanzinstitutionen wie Weltbank, IWF und andere. Man sollte genau beobachten, wie sich die deutsche und europäische Politik in der nächsten Zeit zu dieser Initiative verhält.

Nachtrag

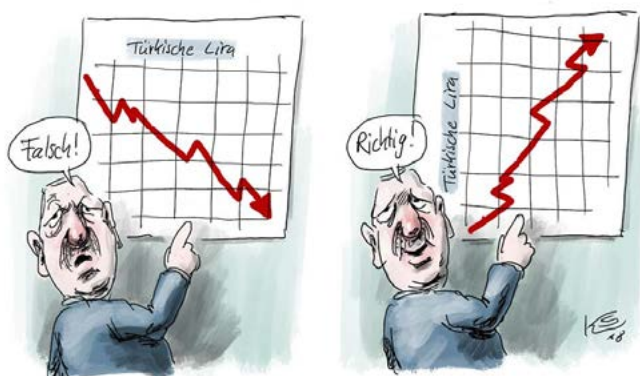
Deutschland scheint da schon entschieden nach dem Motto: „Wir stützen die Türkei, komme was wolle. Menschenrechte, Völkermord, völkerrechtswidrige Interventionen in Nordsyrien und Nordirak hin oder her, Deutschland steht an der Seite der Türkei.“ Wie am Samstag bekannt wurde, hat das Auswärtige Amt die Reisewarnung für die Türkei relativiert.

Klammheimlich hat zudem das Wirtschaftsministerium die Wirtschaftssanktionen aufgehoben. Obwohl nach wie vor 46 deutsche Staatsbürger in der Türkei in Haft sitzen, wurde die 2017 beschlossene Obergrenze für Exportgarantien, die als Druckmittel gegen die Regierung in Ankara gedacht war, für das laufende Jahr nicht verlängert, berichtet die FAZ.

Auch die Zahl der Rüstungsexporte in die Türkei ist erheblich gestiegen. Im Jahr 2017 lieferte Deutschland Waffen an die Türkei im Wert von 59,5 Millionen Euro. 2016 waren es 49 Millionen in 2015 26,5 Millionen Euro. Und das, obwohl der Einsatz deutscher Waffen gegen die Bevölkerung im Südosten der Türkei wie auch bei dem völkerrechtswidrigen Angriff im nordsyrischen Kanton Afrin belegt ist.

<https://www.heise.de/tp/features/Tuerkei-Der-Absturz-der-Lira-wird-zum-Problem-fuer-Erdogan-4117846.html?seite=all>, 22.07.2018

Das korrekte Bild der türk. Wirtschaft



Lira im freien Fall

Der politische Streit mit Washington (s.u.) verschärft die Finanzkrise der Türkei – bis hin zu Spekulationen über einen wirtschaftlichen Kollaps. Seit Jahresbeginn hat die türkische Landeswährung Lira (TRY) mehr als 40 Prozent ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar verloren. Allein am 10. August hat sie 18 Prozent eingebüßt und war auf ein Rekordtief von 7,24 zum Dollar gefallen – der größte Tagesverlust seit 2001. Ein wesentlicher Grund seien, laut Experten, Befürchtungen von Investoren, Erdoğan, der seit dem Übergang zum Präsidialsystem mit weitreichender Befugnissen ausgestattet ist, könnte sich massiv in die Wirtschaft und in die Währungspolitik einmischen. So wächst die Besorgnis, dass die Notenbank ihre zuletzt ohnehin schon stark beschränkte Unabhängigkeit gänzlich verlieren könnte.

Im Mittelpunkt des Streits steht der evangelische Pastor Andrew Brunson. Der seit mehr als 20 Jahren in Izmir ansässige Geistliche ist nach mehr als 21 Monaten Untersuchungshaft aus dem Gefängnis entlassen worden und befindet sich nun im Hausarrest. US-Präsident Donald Trump will ihn zurück in den USA holen, und zwar sofort. Seinem türkischen Pendant Erdoğan hat er dabei keinen gesichtswahrenden Weg aus diesem Streit gelassen. So eskalierte dieser auf den ersten Blick politisch belanglose Konflikt zu einer bilateralen Krise, die für die Türkei in einem wirtschaftlichen Kollaps enden könnte. Eine Lösung scheint zurzeit nicht in Sicht.

Nach gegenseitigen verbalen Drohungen hat das Weiße Haus Sanktionen gegen Ankara verhängt, von denen zunächst der türkische Justizminister Abdulhamit Gül und Innenminister Süleyman Soylu betroffen waren. Beide werden beschuldigt, für Brunsons Festnahme sowie für „schwere Menschenrechtsverstöße“ in der Türkei verantwortlich zu sein. Im Rahmen der Sanktionen wurden die (potentiellen) Vermögen der beiden Minister in den USA eingefroren, und für US-Bürger jegliche geschäftliche Beziehung zu ihnen unter Strafe gestellt. Präsident Trump kündigte die Sanktionsmaßnahmen – wie gewohnt – über Twitter an. Dabei nannte er Brunson einen „großartigen Christen, Familienvater und wundervollen Menschen“. Trotz eines Treffens des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu mit seinem amerikanischen Amtskollegen Mike Pompeo kam es nicht zur erhofften Deeskalation. Ankara verurteilte die US-Maßnahmen scharf und kündigte selbst Gegenmaßnahmen an.

Die Türkei will unterdessen gegen negative Kommentare in sozialen Netzwerken zur Lage ihrer Wirtschaft vorgehen. Entsprechende rechtliche Maßnahmen würden eingeleitet, teilte das Innenministerium mit. Seit dem 7. August seien 346 Nutzerkonten ausgemacht worden, in denen der Verfall der türkischen Landeswährung auf provozierende Art und Weise kommentiert worden sei. Mit der Androhung von Strafverfahren sollen wohl auch regierungskritische

Ökonomen abgehalten werden, weiterhin offen Stellung zu beziehen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org,
<http://bit.ly/2KXzqDh>

Brunson – frommer Christ oder Terrorunterstützer?

Der Fall des in der Türkei inhaftierten US-amerikanischen Pastors Andrew Brunson (50) weitet sich immer mehr zu einer bilateralen Krise zwischen Ankara und Washington aus. Der Geistliche wurde vorige Woche nach fast 21 Monaten Untersuchungshaft überraschend „aus gesundheitlichen Gründen“ aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt. Brunson soll Medienberichten zufolge eine elektronische Fußfessel angelegt werden. Der Pastor leitet seit über zwei Jahrzehnten mit seiner Ehefrau eine kleine Presbyterianer-Gemeinde in der ägäischen Metropole Izmir, die Teil der „Evangelical Presbyterian Church (EPC)“ mit Sitz in Orlando/Florida ist.

Pastor Brunson werden Terrorbeihilfe und Verschwörung gegen den türkischen Staat vorgeworfen. Dabei soll er Verbindungen zur kurdischen PKK und zur Gülen-Bewegung unterhalten. Dafür fordert die türkische Staatsanwaltschaft bis zu 35 Jahre Haft. Brunson weist die Vorwürfe kategorisch zurück. Die nächste Gerichtsverhandlung ist am 12. Oktober. Die PKK und die Gülen-Bewegung verfolgen diametral entgegengesetzte Ideologien und sind zutiefst verfeindet, weshalb Prozessbeobachter die Anschuldigungen für aus der Luft gegriffen halten.

Die bisherigen Verhandlungen haben die Anmutung eines Hexenprozesses. Anonyme Zeugen belasten den Geistlichen: Hier geheime Essensriten mit Anhängern der Gülen-Bewegung oder Kontakt mit einem führenden Vertreter der zur Terrororganisation erklärten Bewegung (FETÖ), da Missionierung der kurdischen Kämpfer der marxistisch-leninistischen PKK für das Christentum. Brunson habe in der Türkei eine Art christliches Kurdistan errichten wollen; ein geheimer Zeuge soll sogar behauptet haben, Brunson habe Bibeln mit PKK-Logo gedruckt. Zudem habe er im CIA-Auftrag an der Planung des Putschversuchs vom Juli 2016 mitgewirkt. Viele Kritiker sind der Meinung, dass Ankara den Pfarrer aus North Carolina als Faustpfand gegen Fethullah Gülen, den in den USA lebenden geistlichen Führer der Gülen-Bewegung, umfunktionieren möchte. War der Vorfall schon eigenartig genug, so hat er in den vergangenen Monaten zunehmend eine politische Dimension erhalten.

Die Entlassung aus der Untersuchungshaft, nur wenige Stunden vor einer wichtigen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, schien ein hastig arrangiertes politisches Manöver zu sein. Dort stand die Annahme eines Gesetzentwurfes über Finanzsanktionen gegen Ankara auf der Tagesordnung. Republikaner wie Demokraten wollen nicht länger die „willkürliche Festnahme“ von US-Bürgern und Mitarbeitern diplomatischer Vertretungen der USA in der Türkei hinnehmen, wie es im Gesetzesentwurf heißt. Neben dem Pfarrer sitzen mindestens zwei weitere US-Bürger, die in Washington wichtig sind, in türkischer Haft: der NASA-Physiker Serkan Gölge und Metin Topuz, ein führender Mitarbeiter des US-Konsulats in Istanbul. Im Gesetzentwurf werden US-Vertreter bei der Weltbank und andere Finanzinstitutionen aufgerufen, ihr Veto gegen weitere Kredite für die Türkei einzulegen. Ankara muss auch noch eine weitere Resolution im US-Kongress abwehren: Dabei geht es um die Verzögerung oder gar den Stopp der Lieferung neuer F-35-Kampffjets an die Türkei.

Noch am Abend der Haftentlassung Brunsons kritisierte US-Außenminister Mike Pompeo diese Maßnahme als „nicht ausreichend“. Er forderte eine sofortige, transparente Aufklärung des Falles. US-Präsident Donald Trump, im gewohnten Kolonialherrenstil, schrieb am Tag darauf auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: „Die Vereinigten Staaten werden weitreichende Sanktionen gegen die Türkei verhängen für die lange Haft von Pastor Andrew Brunson, einem großartigen Christen, einem Familienvater und einem wundervollen Menschen. Er leidet fürchterlich. Dieser unschuldige Mann des Glaubens sollte umgehend freigelassen werden“, so Trump, der sich in der Vergangenheit mindestens dreimal bei Erdoğan für die Entlassung des Pfarrers eingesetzt hatte.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org,
<http://bit.ly/2OC1C1m>

Türkei muss schwere Menschenrechtsverletzungen in Afrin stoppen

Wie heute veröffentlichte Amnesty-Recherchen zeigen, leidet die Bevölkerung von Afrin unter schweren Menschenrechtsverletzungen, die syrische Gruppen, die von der Türkei ausgerüstet und bewaffnet wurden, zu verantworten haben. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen, die von den türkischen Streitkräften stillschweigend geduldet werden, gehören willkürliche Inhaftierungen, Verschwindenlassen sowie die Beschlagnahmung von Eigentum und

Plünderungen. Einige dieser Gruppen und die türkischen Streitkräfte selbst haben außerdem Schulgebäude besetzt. Tausende Kinder können deshalb nicht mehr unterrichtet werden.

„Die türkische Militäroffensive und die Besetzung Afrins haben das Leiden der Bevölkerung nach Jahren des blutigen Konflikts noch einmal verschärft. Wir haben furchtbare Geschichten von Menschen gehört, die inhaftiert, gefoltert oder Opfer des Verschwindenlassens durch syrische bewaffnete Gruppen wurden, die nach wie vor ungehindert von der türkischen Armee verheerenden Schaden unter der Zivilbevölkerung anrichten“, so Lynn Maalouf, Amnesty-Expertin für die Region Naher Osten.

„Als Besatzungsmacht ist die Türkei für das Wohlergehen der Zivilbevölkerung sowie die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in Afrin verantwortlich. Bislang haben ihre Streitkräfte diese Pflichten jedoch völlig vernachlässigt. Die Türkei kann sich der Verantwortung nicht entziehen, indem sie die syrischen bewaffneten Gruppen die Dreckarbeit erledigen lässt. Die Türkei muss den Verletzungen durch pro-türkische bewaffnete Gruppen unverzüglich ein Ende bereiten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und den Bewohnerinnen und Bewohnern Afrins beim Wiederaufbau helfen“, fordert Maalouf.

Militäroffensive und Vertreibung

Im Januar 2018 starteten die Türkei und verbündete syrische bewaffnete Gruppen eine Militäroffensive gegen die Volksschutzeinheiten (YPG), die militärische Einheit der Autonomiebehörde unter Leitung der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD). Zwei Monate später übernahmen die Türkei und ihre Verbündeten die Kontrolle über Afrin und Umgebung und vertrieben Tausende von Menschen. Auf der Suche nach Schutz flohen viele in die nahegelegene Region Schahba. Dort leben sie seitdem unter schwierigen Bedingungen.

Laut zahlreichen Stimmen aus der Bevölkerung in Afrin sind die türkischen Streitkräfte im Zentrum der Stadt und in mehreren umliegenden Dörfern stark präsent. Am 1. Juli 2018 gab das türkische Außenministerium bekannt, dass die türkische Armee in Afrin bleiben werde, um den Aufbau der Region weiter zu unterstützen.

Zwischen Mai und Juli 2018 befragte Amnesty 32 Personen, von denen einige noch in Afrin lebten und andere ins Ausland oder andere Regionen Syriens geflohen waren. Die Befragten beschuldigten pro-türkische bewaffnete Gruppen wie Ferqa 55, Jabha al-Shamiye, Faylaq al-Sham, Sultan Mourad und Ahrar al-Sharqiye schwerer Menschenrechtsverletzungen.

16. Juli 2018 übermittelte Amnesty der türkischen Regierung eine Zusammenfassung der vorläufigen Untersuchungsergebnisse und bat um eine Antwort. Am 25. Juli 2018 stellte die türkische Regierung unter Verweis auf die

Verwendung von Begriffen wie „Region Schahba“ und „Autonomiebehörde“ die Unparteilichkeit der Untersuchung in Frage, ohne jedoch konkret auf die Ergebnisse einzugehen.

Pro-türkische Kräfte verantwortlich für willkürliche Inhaftierungen und Verschwindenlassen

Amnesty hat mehrere Bewohnerinnen und Bewohner sowie Binnenvertriebene befragt. Diese berichteten, bewaffnete Gruppen hätten willkürlich Zivilpersonen inhaftiert, um Lösegeld zu erpressen, oder wegen Anschuldigungen von Verbindung zu PYD oder YPG. Lokalen Quellen zufolge gab es mindestens 86 Fälle von willkürlicher Inhaftierung, Folter und Verschwindenlassen.

Wie eine aus Afrin vertriebene Frau Amnesty erzählte, wurde ihr Onkel von Angehörigen einer pro-türkischen bewaffneten Gruppe weggebracht, nachdem er drei Monate zuvor in sein Dorf zurückgekehrt war. Sie sagte: „Wir wissen nicht, wo er ist. Er war Leiter des Komine [des Lokalkomitees]. Er hat keine Verbindung zu PYD oder YPG. Er ist nach Afrin zurückgekommen, weil er Angst hatte, sein Haus zu verlieren. Er ist mit seiner Frau in einem anderen Haus untergekommen, weil unser Dorf zu einem Militärstützpunkt für die türkische Armee geworden ist. Eines Abends beschloss er, die bewaffneten Gruppen zu bitten, nach seinem Haus zu schauen. Diese begleiteten ihn zu seinem Haus, aber er ist nie zurückgekommen. Sie wollten seiner Frau nicht sagen, wohin sie ihn gebracht haben.“

Zwei ehemalige Häftlinge, die Amnesty befragt hat, gaben an, von der Gruppe Sultan Mourad festgehalten und der Verbindung zu den YPG beschuldigt worden zu sein. Sie gaben an, in dem Gefängnis in Azaz, in dem sie festgehalten wurden, unter anderem Medienschaffende Lehrkräfte gesehen zu haben sowie Aktivistinnen und Aktivisten und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PYD sowie YPG-Kämpferinnen und -Kämpfer.

Einer von ihnen berichtete: „Ich war zwei Monate lang in der Nähe von Afrin inhaftiert. Man verlegte mich in verschiedene Haftanstalten, darunter nach Maamalou, Damliou und Baadino, alles Dörfer in der Nähe von Afrin. Dort wurde ich von Angehörigen zweier bewaffneter Gruppen und der türkischen Armee verhört. Dabei ging es vor allem um meine Aktivitäten in den sozialen Medien, und man beschuldigte mich, den YPG anzugehören, weil ich über türkische Menschenrechtsverletzungen während des Militäreinsatzes berichtet hatte. Ich wurde in das von Sultan Mourad betriebene al-Ra'i-Gefängnis in Azaz gebracht. Ich wurde nicht gefoltert, aber ich habe gesehen, wie Männer von Angehörigen der Sultan-Mourad-Brigade nur so aus Spaß geschlagen wurden, und nachts hallten Schreie durch das ganze Gebäude. Ich wurde freigelassen, ohne einen Richter gesehen zu haben. Ich dachte, ich würde da nie wieder rauskommen.“

Pro-türkische Kräfte verantwortlich für Beschlagnahmung von Eigentum

Seit März 2018, als die Türkei und verbündete bewaffnete Gruppen die Kontrolle über Afrin erlangten, sind Hunderte von Menschen zu Fuß über das Gebirge in die Stadt zurückgekehrt, da die YPG die offiziellen Verbindungen in die Stadt gesperrt hatten, um Vertriebene an der Rückkehr in die Stadt zu hindern. Viele, denen die Rückkehr gelang, mussten feststellen, dass ihr Eigentum konfisziert und ihr Hab und Gut von mit der Türkei verbündeten bewaffneten Gruppen gestohlen wurde.

Zehn Personen berichteten Amnesty, dass syrische bewaffnete Gruppen Eigentum und Geschäfte in Afrin beschlagnahmten. Aus Afrin Vertriebene erzählten, sie seien von Angehörigen und Nachbarn darüber informiert worden, dass ihre Häuser entweder von pro-türkischen bewaffneten Gruppen als militärische Kommandostelle genutzt oder von vertriebenen Familien aus Ost-Ghouta und Homs in Beschlag genommen wurden.

Ein vertriebener Lehrer, der aktuell in einem Lager in der Region Schahba lebt, erzählte Amnesty International, dass sein Haus in Jenderes von Faylaq al-Sham konfisziert wurde. Er berichtete: „Von meinem Nachbarn weiß ich, dass mein Haus beschlagnahmt wurde. Er hat mir Bilder geschickt, auf denen der Name Faylaq al-Sham ganz deutlich an der Wand über der Eingangstür zu sehen ist.“

Amnesty befragte außerdem drei Vertriebene aus Afrin. Sie berichteten, dass bewaffnete Gruppen ihre Geschäfte beschlagnahmt hätten. Ein Mann und sein Sohn, ein Grafikdesigner, die in Afrin drei Geschäfte besaßen, erzählten, ein Angehöriger habe ihnen mitgeteilt, dass ihr Haus von der bewaffneten Gruppe Ferqa 55 beschlagnahmt wurde. Sie hatten auch Bilder erhalten, auf denen zu sehen war, dass einer ihrer Läden von einer Familie aus Ost-Ghouta in eine Fleischerei umgewandelt wurde. Der Besitzer eines Supermarkts in einem Dorf bei Afrin berichtete Amnesty, ein Angehöriger habe ihm kürzlich mitgeteilt, dass sein Supermarkt zunächst geplündert wurde und jetzt von einer Familie aus Ost-Ghouta geführt wird.

Eine Frau sagte gegenüber Amnesty: „Die Familien aus Ghouta trifft keine Schuld. Sie wurden vertrieben, genau wie wir, und sind vielleicht noch in einer schlimmeren Lage als wir.“

Pro-türkische Kräfte verantwortlich für die Plünderung von Häusern und Geschäften

Zwölf Personen berichteten Amnesty, Opfer von Plünderungen geworden zu sein oder diese beobachtet zu haben. Mehrere Vertriebene Personen erfuhren von Angehörigen, dass ihr Haus entweder komplett geplündert wurde oder teure Geräte wie Fernseher, Computer, Waschmaschinen oder Kühlschränke fehlten.

Im April 2018 erklärte ein Vertreter des Militärgerichts in einem Medieninterview, dass es während der Militäroperation Plünderungen durch Streitkräfte und Zivilpersonen gegeben habe, das Gericht jedoch begonnen hätte, das Eigentum an die Besitzer und Besitzerinnen zurückzugeben. Er erklärte weiterhin, dass die für die Plünderung verantwortlichen Personen in Abstimmung mit der Militärpolizei in Azaz und den türkischen Streitkräften festgenommen und vor Gericht gebracht worden seien.

Eine Person, die im Mai nach Afrin zurückkehrte, berichtete Amnesty jedoch Folgendes: „Ich bin zum Haus meiner Eltern gegangen, und es war leer. Sie hatten alle Möbel, Geräte und auch alles andere gestohlen. Die Menschen in der Nachbarschaft haben gesehen, wie die Freie Syrische Armee alle Möbel in LKWs verstaute. Da sich mindestens vier bewaffnete Gruppen die Kontrolle über das Dorf teilen, wissen sie nicht, welche von ihnen dafür verantwortlich war.“

Ein Bewohner aus Afrin, der nach Deutschland geflüchtet ist, erzählte Amnesty: „Ich besitze fünf Wohnungen und ein Geschäft in der Stadt Afrin. Ein Freund erzählte mir, dass zwei meiner Wohnungen jetzt von vertriebenen Familien besetzt sind. Ich habe die Telefonnummern der beiden Familien in Erfahrung bringen können. Eine von ihnen ist aus Harasta, die andere aus Ost-Ghouta. Ich habe sie angerufen, um sie zu bitten, sich um das Haus zu kümmern, aber sie meinten, das Haus sei bereits geplündert gewesen, als sie einzogen. Ich hatte es gerade erst renoviert. Mein Problem sind nicht die Familien, die in dem Haus leben, sondern die bewaffneten Gruppen.“

„Alle Parteien im Syrien-Konflikt, einschließlich YPG, türkische Streitkräfte und lokale bewaffnete Gruppen, sollten die sichere und freiwillige Rückkehr der Menschen nach Afrin unterstützen“, so Amnesty-Mitarbeiterin Lynn Maaouf. „Als Besatzungsmacht muss die Türkei all jenen, deren Wohnungen von Sicherheitskräften oder ihren Verbündeten beschlagnahmt, zerstört oder geplündert wurden, umfassend entschädigen. Die Türkei hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass Vertriebene Zivilpersonen sicher in ihre Wohnungen nach Afrin zurückkehren können und dort, wo dies nicht möglich ist, eine Entschädigung erhalten.“

Türkei und bewaffnete Gruppen verantwortlich für die militärische Nutzung von Schulen

Seit Januar 2018 ist der Zugang zu Bildung für Menschen in Afrin nahezu unmöglich geworden. Betroffene teilten Amnesty mit, dass seit März nur noch eine Schule in der Stadt für Kinder zugänglich ist, während die Universität Afrin nach ihrer Zerstörung und Plünderung komplett geschlossen wurde.

Ehemaligen Lehrkräften zufolge, die in die Region Schahba vertrieben wurden, wird die Amir-Ghabari-Schule

in Afrin von der türkischen Armee sowie verbündeten bewaffneten Gruppen aus Syrien als militärische Kommandozentrale genutzt. Amnesty International hat Satellitenbilder vom 20. April 2018 geprüft, die mehrere gepanzerte Fahrzeuge und ein neu errichtetes Gebäude zeigen. Sowohl die Fahrzeuge als auch das Gebäude waren vor der Übernahme Afrins am 18. März 2018 nicht vorhanden.

Lokalen Medienquellen und Anwohnerinnen und Anwohnern zufolge wurde die öffentliche Schule in Shara im Juni 2018 von türkischen Streitkräften und bewaffneten Gruppen in ein Polizeipräsidium umgewandelt. Die türkische Armee nutzt Anwohnerinnen und Anwohnern zufolge eine weitere Schule in Jenderes als Feldlazarett.

„Nach dem humanitären Völkerrecht steht Schulen, insbesondere bei einer Besatzung, besonderer Schutz zu, und es ist zu gewährleisten, dass Kinder Unterricht erhalten. Wir fordern die Türkei auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Kinder wieder zur Schule gehen können und die Universität so schnell wie möglich rehabilitiert und wiedereröffnet wird“, erklärte Lynn Maalouf.

Menschenrechtsverletzungen durch syrische Regierung und YPG

Nach der Militäroffensive im Januar 2018 flohen Tausende Menschen in die nahe gelegene Region Schahba. Mindestens 140.000 Personen leben derzeit in Lagern oder beschädigten Häusern ohne angemessenen Zugang zu Wasser, Strom und Nahrung, sowie zu medizinischer Versorgung. Verletzte und chronisch Kranke müssen auf die Genehmigung der Regierung warten, um nach Aleppo fahren zu dürfen, dem nächsten Ort, an dem sie eine angemessene medizinische Versorgung erhalten können.

Die syrische Regierung hat auch verhindert, dass Menschen aus der Region Schahba in andere Teile Syriens, die bessere Lebensbedingungen bieten, reisen können. Dadurch waren viele der um ihr Überleben kämpfenden Menschen gezwungen, große Geldbeträge an Schmugglerbanden zu zahlen, um diese Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit zu umgehen.

Darüber hinaus hat die YPG die Straßen aus der Region Schahba nach Afrin gesperrt, um Vertriebene an der Rückkehr in ihre Häuser zu hindern. Seit dem Ende des Militäreinsatzes im März sind Hunderte Menschen nach einem langen, beschwerlichen Fußmarsch durch das Gebirge nach Afrin zurückgekehrt.

Eine Frau, die Anfang April nach Afrin zurückgekehrt ist, berichtete Amnesty: „Meine 60-jährige Tante, die an Diabetes leidet und andere gesundheitliche Probleme hatte, starb auf dem Weg zurück nach Afrin an schwerer Dehydrierung. Die YPG erlaubten uns nicht, mit unseren Autos die offizielle Straße zu nutzen, also sind wir etwa fünf Stunden lang zu Fuß gegangen. Auf halber Strecke hatte sie kein

Wasser mehr. Ihre Tochter machte sich auf die Suche nach einer Quelle, aber sie hat es nicht rechtzeitig geschafft.“

Mehreren Personen zufolge, darunter auch Angehörige des kurdischen Roten Halbmonds, hat die syrische Regierung die medizinische Evakuierung kranker und verletzter Zivilpersonen aus der Region Schahba nach Aleppo einschränkt. Wie der kurdische Rote Halbmond und medizinisches Personal Amnesty mitteilten, gibt es in der Region Schahba nur ein Krankenhaus und zwei Kliniken für die medizinische Grund- und Medikamentenversorgung. Sie sagten, ihnen fehle es sowohl an der medizinischen Erfahrung als auch an der Ausstattung, um Operationen durchzuführen oder chronische Erkrankungen zu behandeln.

Zum Zeitpunkt der Recherchen von Amnesty warteten etwa 300 unter chronischen Erkrankungen oder schweren Verletzungen leidende Personen auf eine Genehmigung ihrer Evakuierung aus medizinischen Gründen durch die syrische Regierung. Seit Mitte März wurde nur 50 Personen die Reise zur Behandlung ins staatliche Krankenhaus in Aleppo genehmigt.

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/syrien-tuerkei-muss-schwere-menschenrechtsverletzungen-afrin-stoppen>



Nach Vertreibung hunderttausenden Zivilisten in Afrin folgt nun die Verwüstung der Natur. Felder und Olivenbäume werden durch türkische Militär in Brand gesteckt. <https://anfturkce.com/rojava-surluye/tuerk-devleti-efrin-de-tarlalari-atese-veriyor-110716>



Arabisierung, Islamisierung und Sprachverbote im nordsyrischen Kurdengebiet Afrin

Schwere Vorwürfe hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) gegen die türkische Besatzungsmacht im nordsyrischen Kurdengebiet Afrin erhoben. „Während Donald Trump und Wladimir Putin in Helsinki über den Konflikt in Syrien sprachen, ließ der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seine Schergen im besetzten Afrin morden, vertreiben und enteignen. Alle kurdischen Schriften und Schilder wurden entfernt und auch der Kurdisch-Unterricht an den Schulen soll nach den Ferien nicht wieder aufgenommen werden“, berichtete der GfbV-Nahost-Experte Kamal Sido, der selbst aus Afrin stammt, am Dienstag in Göttingen.

Nach GfbV-Angaben haben kurdische Aktivisten allein zwischen dem 1. und 15. Juli rund 120 Entführungen, sieben Morde, zehn Raubüberfälle und 27 Razzien dokumentiert, bei denen das Eigentum der Betroffenen zerstört wurde. Außerdem wurden vier Felder angezündet. „Das ist nur die Spitze des Eisberges“, kritisierte Sido. „Seit Eroberung der Kurdenregion am 18. März hat das türkische Militär mindestens 3.000 Kurden verschleppt. Es gibt Schätzungen, dass sogar bis zu 7.000 Kurden verschwunden sind. Aus Angst vor weiteren Übergriffen wollen viele betroffene Familien unerkannt bleiben. Immer wieder beschlagnahmen türkische Soldaten und Islamisten Handys von Zivilisten, um herauszufinden, wer Übergriffe weitermeldet.“

Auch Befürchtungen der Kurden, ihre Immobilien an arabisch-sunnitische Siedler aus anderen Teilen des Landes zu verlieren, scheinen gerechtfertigt zu sein. „In der vergangenen Woche hat die „Rechtsabteilung“ des von der türkischen Besatzungsmacht eingesetzten „Gemeinderates“ in Afrin alle Einwohner dazu aufgefordert, ihre Kaufverträge vorzulegen. Sie sollen überprüft werden, um die angeblich notwendigen rechtlichen Verfahren für Immobilien abzuschließen“, berichtete Sido. Die rund 250.000 Kurden, die vor dem türkischen Angriff aus Afrin geflohen sind, haben keine Möglichkeit, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Das türkische Militär hat bereits zehntausende arabische Radikalisten in die Kurdenregion gebracht. Viele dieser Neusiedler sind bewaffnet und Mitglieder verschiedener islamistischer Gruppen. Sie unterstützen die türkische Besatzungsarmee und morden, foltern und berauben die in Afrin verbliebenen kurdischen Zivilisten unter ihren Augen. In der einst sehr liberalen und offenen Region wurde praktisch das islamische Scharia-Recht eingeführt. Frauen ohne Kopftuch wagen sich nicht mehr auf die Straße. Das Stadtbild wird von Männern mit langen Bärten und Frauen mit islamischer Niqab-Bekleidung bestimmt. Durch diese Islamisierung ist ein yezidisches oder alevitisches Le-

ben in Afrin nicht mehr möglich. Die etwa 1.000 Personen zählende, kleine christliche Gemeinde ist verschwunden. Gesellschaft für bedrohte Völker e. V., k.sido@gfbv.de, www.gfbv.de, 17.07.2018

Die Kurden und Assad Zweckbündnis gegen Erdoğan

Von Neville Teller

Der im Jahr 2015 gegründete „Demokratische Rat Syriens“ (SDC) ist der politische Arm der militärischen Dachorganisation „Demokratische Kräfte Syriens“ (SDF), die den Nordosten Syriens kontrolliert. Zwar kämpften die kurdischen Streitkräfte während des siebenjährigen Bürgerkriegs wiederholt gegen das syrische Militär, doch offenbar setzt der SDC seit kurzem auf bessere Beziehungen zum Assad-Regime. Eine Delegation des SDC traf am 27. Juli 2018 auf Einladung der syrischen Regierung erstmals zu direkten Gesprächen in Damaskus ein.

Darüber hinaus gibt es weitere Anzeichen für eine politische Wende. Im Rahmen der laufenden Bemühungen um eine „demokratische“ Lösung der Krise in Syrien kündigte der SDC vor einigen Wochen an, ein Büro in Damaskus zu eröffnen. Und die SDC-Delegation teilte am Tag vor ihrer Abreise in die syrische Hauptstadt mit, die kurdischen Streitkräfte seien bereit, sich jeder militärischen Operation der Regierungstruppen im nördlichen Gouvernement Idlib zur Rückeroberung des kurdischen Teils von Afrin anzuschließen. Afrin wurde im März 2018 von türkisch unterstützten Truppen besetzt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wollte damit eine Dominanz der Kurden an der südlichen Landesgrenze der Türkei verhindern.

Nordost-Syrien steht unter kurdischer Verwaltung, leidet allerdings unter den Auswirkungen der aktuellen türkischen Versuche, die Region zu destabilisieren, sowie unter den Folgen der ehemaligen Besetzung durch den Islamischen Staat (IS). Das als Rojava bekannte Gebiet umfasst etwa 27 Prozent des ehemaligen Hoheitsgebiets Syriens. Für Assad und den SDC gibt es daher eine pragmatische politische Logik für die Suche nach einer Lösung.

Vereinbarung zum beiderseitigen Nutzen

Sollte Assad, der aktuell etwa 58 Prozent des früheren Syriens kontrolliert, Rojava unter syrische Regierungsverwaltung bringen können, würde er etwa 85 Prozent des ursprünglichen syrischen Territoriums zurückgewinnen. Die kurdische Regierung in Rojava – seit 2012 bekannt als „Demokratische Föderation Nordsyrien“ (DFNS) – strebt keine völlige Unabhängigkeit an, sondern ein gewisses

Maß an Autonomie. Falls Assad die gewünschte Autonomie gewährt, würde ein Großteil des Territoriums wieder unter seine Regierungsgewalt fallen.

Das ist der kurdischen Autonomieregierung durchaus bewusst. Allerdings würde das Regime von Assad im Allgemeinen und Assad als Präsident im Besonderen erhebliche politische Unterstützung hinzugewinnen. Und Assad wird jede erdenkliche Unterstützung benötigen, wenn Russland und die UNO ihm im Rahmen eines Friedensabkommens eine Präsidentschaftswahl auferlegen. Von einer solchen Vereinbarung können also beide Seiten profitieren.

Die zwei Millionen Kurden in Syrien, die 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, strebten vor dem Bürgerkrieg lediglich eine gewisse Autonomie an, die ihnen allerdings stets verweigert blieb. Im Gegenteil: Unter dem Regime von Baschar al-Assad und seinem Vater Hafiz al-Assad erfuhren die Kurden in Syrien systematische Diskriminierung und Unterdrückung. Rund 300.000 Kurden blieb nicht nur die Staatsbürgerschaft verweigert, man beraubte sie auch ihrer Grundrechte. Gelegentliche Aufstände wurden umgehend niedergeschlagen.

Der innenpolitische Aufstand gegen das Assad-Regime im Jahr 2011 gab den Kurden ihre Chance. Während sich die Bürgerkriegsparteien in Syrien in einem Gewirr von separaten Konflikten verkeilten, bekämpften und besiegten die syrischen Kurden im Norden den IS und gewannen große Teile ihres Siedlungsgebiets zurück.

Der „Gesellschaftsvertrag von Rojava“

Die Verwaltung der kurdischen Autonomiegebiete hat sich auf die Einhaltung einer föderalen und demokratischen Verfassung verpflichtet – den „Gesellschaftsvertrag von Rojava“. Dieser Vertrag sichert die Gleichstellung der Frauen, die Religionsfreiheit und das Recht auf Privateigentum zu. Im September 2017 wählten die Stimmberechtigten aus etwa 3.700 Kommunen der Demokratischen Föderation Nordsyrien ihre Vorsitzenden.

Zwar hat die syrische Regierung weder die DFNS noch deren Wahlen formell anerkannt, doch sieht Assad durchaus die Vorteile, die er aus einer Übereinkunft mit den Kurden ziehen könnte. Im vergangenen September erklärte der syrische Außenminister Walid al-Muallim, sein Land stehe einer Ausweitung der Befugnisse für die Kurden offen gegenüber. Sie „wollen eine Form der Autonomie im Rahmen der Landesgrenzen“, sagte er. „Das ist verhandelbar und kann Gegenstand des Dialogs sein.“

Er deutete an – vermutlich mit Billigung Russlands –, dass die Gespräche nach Beendigung des Bürgerkriegs aufgenommen werden könnten. Der Besuch der SDC-Delegation in Damaskus könnte den Auftakt zu diesem Prozess bilden.

Eine bittere Pille für Erdoğan

Diese Änderung der Taktik seitens der syrischen Regierung ist für Erdoğan eine bittere Pille. Die größere Autonomie, die die Kurden Syriens zu erreichen scheinen, wird die Kurden in der Türkei in ihren separatistischen Forderungen bestärken. Das erklärt Erdoğans Einmarsch in die Region um Afrin im Januar 2018 und die Bereitschaft der Kurden, gemeinsam mit Assads Truppen die türkischen Kräfte aus Syrien zu vertreiben.

Der kurdischstämmige Omar Usi, der als Abgeordneter dem nationalen Parlament in Damaskus angehört, sagte kürzlich, die Regierung wolle, dass die Kurden „den Zugang der syrischen Armee und die Rückkehr staatlicher Institutionen in die kurdischen Mehrheitsgebiete östlich des Euphrats erleichtern“. Im Gegenzug bot die Regierung die „verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Gemeinschaft und ihrer kulturellen Rechte an“.

Doch reicht das zur Erfüllung der kurdischen Erwartungen aus? Im Rahmen des „Gesellschaftsvertrags von Rojava“ hat die kurdische Autonomieverwaltung einen Großteil der linksliberalen Ideologie der kurdischen Partei der „Demokratischen Union“ (PYD) umgesetzt, einschließlich der strikten Gleichstellung von Frauen in allen öffentlichen Ämtern.

Die kurdische Fahne und Bilder des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan (oder „Apo“ für „Onkel“) sind allgegenwärtig. Doch Apo wurde von Erdoğan, dem Erzfeind Assads, in das berüchtigte Gefängnis auf der Insel İmralı gesperrt.

Angesichts eines gemeinsamen Feindes und der erkennbaren Vorteile einer Zusammenarbeit könnten die aktuellen Verhandlungen durchaus auf eine Fortsetzung von Assads Präsidentschaft mit kurdischer Unterstützung hinauslaufen.

© MPC-Journal 2018, aus dem Englischen von Peter Lammers
Neville Teller ist Nahost-Korrespondent der „Eurasia Review“. Seine Artikel erscheinen auch regelmäßig in anderen Publikationen sowie in seinem Blog „A Mid-East Journal“.
<https://de.qantara.de/inhalt/die-kurden-und-assad-zweckbuendnis-gegen-erdogan?nopaging=1>

Christen fürchten Schließung ihrer Schulen in Nordsyrien

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und der Zentralverband der assyrischen Vereinigungen in Deutschland und Europäische Sektionen (ZAVD) haben an die kurdisch dominierte autonome Selbstverwaltung der nordsyrischen Region Jazira appelliert, christlichen Privatschulen in der Provinz Al-Hasaka keine neuen Lehrpläne aufzuzwingen. „Viele assyrisch-aramäische sowie armenische Christen befürchten, dass die Zeugnisse ihrer Kinder im Falle einer Änderung der Lehrpläne weder von der Regierung in Damaskus noch anderswo anerkannt werden und so ihre Zukunftspläne eingeschränkt werden könnten“, sagte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Dienstag in Göttingen. Der Menschenrechtler warnte: „Die Sorgen und Ängste der christlichen Gemeinschaften müssen gleichberechtigt ernst genommen werden. Sonst kann schnell der Eindruck entstehen, dass Christen in Nordsyrien nicht mehr willkommen sind. Die Region ist jedoch seit Jahrtausenden auch ihre Heimat, die sie gemeinsam mit den Kurden vor radikalislamistischen, von der türkischen Regierung unterstützten Gruppen schützen müssen. Diese bedrohen den Frieden und das Leben aller Volksgruppen in Nordsyrien.“

Die assyrisch-aramäischen und armenischen Gemeinden in Jazira fühlen sich durch einen in den sozialen Medien kursierenden Erlass der Verwaltung, ihre privaten und kirchlichen Schulen in der Provinz Al-Hasaka umgehend „registrieren“ zu lassen, unter Druck gesetzt. „Viele sind beunruhigt, dass dieser Erlass eine vollständige Schließung dieser Schulen bedeuten könnte, wenn ihm nicht nachgekommen wird“, berichtete Sido. Rund 7.000 Schülerinnen und Schüler hätten dann keinen Unterricht mehr. Das neue Schuljahr beginnt Anfang September 2018.

Die Provinz Al-Hasaka mit ihrer kurdischen, arabischen, christlichen und yezidischen Bevölkerung wird bisher von kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) gemeinsam mit assyro-aramäischen sowie arabischen Verbänden gegen den „Islamischen Staat“ (IS) und andere radikalislamistische Gruppen erfolgreich verteidigt. Dieser Einsatz der YPG gegen den IS und das von der autonomen Verwaltung propagierte multiethnische und multireligiöse Projekt finden weltweit große Anerkennung. „Sollte der Streit über die Lehrpläne nicht bald und im Interesse der christlichen Minderheiten sowie im Sinne eines friedlichen Miteinander beigelegt werden, wird das Ansehen der nordsyrischen autonomen Verwaltung große Schaden nehmen“, befürchtet Sido.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V., K.Sido@gfbv.de,
www.gfbv.de, 21.08.2018

Türkische Luftwaffe tötet einen der Retter der Jesiden in Sindschar

Mit Erschütterung und Empörung hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Nachricht über einen tödlichen Angriff der türkischen Luftwaffe auf einen Konvoi von Yeziden in der Region Sinjar im Nordwesten des Irak zur Kenntnis genommen. „Yeziden haben uns berichtet, dass durch den Angriff am vergangenen Mittwoch (15.08.2018) auch hochrangige Mitglieder der PKK getötet wurden, die 2014 maßgeblich dazu beigetragen haben, den „Islamischen Staat“ (IS) aus dem Yeziden-Gebiet zu vertreiben“, sagte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Freitag in Göttingen. Die Yeziden kamen von einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Massakers des IS an den Einwohnern des Dorfes Kocho. Dort hatte der IS am 15. August 2014 ein Blutbad angerichtet. Innerhalb einer Stunde hatten die Extremisten über 300 Männer getötet. Viele Frauen wurden entführt und versklavt. Unter den Verschleppten war auch die heutige UN-Sonderbotschafterin und Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad.

„Viele Yeziden sind zutiefst betroffen, denn die jetzt getöteten PKK-Mitglieder haben unter Einsatz ihres Lebens yezidische Frauen und Kinder vor dem IS beschützt und Zehntausende Yeziden vor den Radikalislamisten gerettet“, berichtete Sido und verurteilte die türkischen Luftangriffe am 4. Jahrestag des Massakers von Kocho scharf. „Dieser Angriff der türkischen Luftwaffe ist eine klare Verletzung des Völkerrechts. Er weckt bei den Yeziden die Erinnerung an ihre seit Jahrhunderten andauernde blutige Verfolgung und Vertreibung durch den türkischen Staat und andere islamische Akteure im Nahen Osten.“

Im nordirakischen Sinjar wurden yezidische Dörfer am 3. August 2014 vom IS angegriffen. Der IS wollte die rund 400.000 Yeziden aus ihrem Hauptsiedlungsgebiet vertreiben oder vernichten. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden rund 5.000 Yeziden sofort getötet und weit mehr entführt. Alle Yeziden mussten fliehen. Es muss befürchtet werden, dass viele Vermisste ermordet wurden. Von den mehr als 5.000 verschleppten Frauen und Mädchen sind noch immer mindestens 3.000 als Geiseln in den Händen des IS. Die gefangenen Frauen wurden vergewaltigt, zwangsverheiratet oder auf Sklavenmärkten verkauft. Gesellschaft für bedrohte Völker e. V., K.Sido@gfbv.de,
www.gfbv.de, 17.08.2018

Verbot von „Osmanen Germania BC“

Bevor Innenminister Horst Seehofer das Verbot der Gruppierung mitsamt ihrer Teilorganisationen verkündet hatte, liefen am Morgen bereits Durchsuchungsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen gegen Mitglieder der Vereinigung.

Zweck und Tätigkeit der „Osmanen Germania“ liefen den Strafgesetzen zuwider, erklärte das Ministerium. Aktuell sind im Bundesgebiet 16 Ortsgruppen, sogenannte „Chapter“, aktiv.

Nach Schätzungen der Polizei hat der türkisch-nationalistische Verein bundesweit mindestens 300 Mitglieder. In Stuttgart läuft seit März ein Prozess gegen acht mutmaßliche Mitglieder, darunter drei, die zur weltweit höchsten Führungsebene gerechnet werden.

Den Männern wird unter anderem versuchter Mord, Erpressung, Drogenhandel, Zwangsprostitution sowie Zuhälterei und Freiheitsberaubung vorgeworfen.

Die „Osmanen Germania“ stehen nach Einschätzung des NRW-Innenministeriums auch in Verbindung zur türkischen Regierungspartei AKP und zum Umfeld des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Verbot stützt sich auf Vereinsgesetz

Seehofer erklärte, Bund und Länder bekämpften entschieden alle Erscheinungsformen organisierter Kriminalität, auch rockerähnliche Gruppierungen. Mitglieder des Vereins verübten schwere Straftaten.

Das Verbot stützt sich laut Innenministerium auch auf Erkenntnisse, die im Rahmen von Ermittlungsmaßnahmen Mitte März gewonnen wurden. Ziel war es damals, nähere Informationen über Struktur und Leitung des Vereins und das Zusammenwirken mit seinen Teilorganisationen zu erlangen.

<https://www.tagesschau.de/inland/seehofer-osmanen-germania-101.html>, 10.07.2018

Mesale Tolu ist zurück in Deutschland

Die deutsche Journalistin und Übersetzerin Mesale Tolu ist nach der Aufhebung ihrer Ausreisesperre in der Türkei nach Deutschland zurückgekehrt. Am Nachmittag landete sie gemeinsam mit ihrem dreijährigen Sohn auf dem Stuttgarter Flughafen.

Ihre Rückkehr könne sie aber nur bedingt genießen, sagte die 33-Jährige nach ihrer Ankunft. Sie sei zwar wieder

in Deutschland, aber Hunderte Journalisten, Oppositionelle, Anwälte und Studenten seien immer noch nicht frei. „Es ist nicht so, dass ich mich wirklich über die Ausreise freue, weil ich weiß, dass sich in dem Land, in dem ich eingesperrt war, nichts verändert hat.“ Sie wolle sich weiter für die Menschen einsetzen, die in der Türkei aus politischen Gründen inhaftiert seien.

Tolu, die für die Nachrichtenagentur Etha arbeitete, ist in der Türkei wegen Terrorvorwürfen angeklagt. Bis Dezember saß sie dort mehr als sieben Monate in Untersuchungshaft. Vor einer Woche wurde überraschend die Aufhebung ihrer Ausreisesperre bekannt. Nach ihrer Rückkehr wird sie mit ihrem Sohn erst einmal in Neu-Ulm bei ihrem Vater wohnen, der sich intensiv für sie eingesetzt hatte.

Ehemann muss in der Türkei bleiben

Die Türkei wirft Tolu Unterstützung der verbotenen linksextremen Gruppe MLKP vor. Der Prozess wird in der Türkei fortgeführt, ihr drohen dort bis zu 20 Jahre Haft. Auch ihr Ehemann ist angeklagt. Für ihn gilt noch eine Ausreisesperre.

Der Fall Tolu hatte zusammen mit dem des „Welt“-Korrespondenten Deniz Yücel und des Menschenrechtlers Peter Steudtner die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland schwer belastet.

<https://www.tagesschau.de/inland/tolu-rueckkehr-101.html>, 26.08.2018

KCK-Aufruf an die Bundesregierung und die Kurden

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat sich in einer ausführlichen Erklärung zur Haltung der Bundesregierung zum türkischen Staat und zu den in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden geäußert.

In der Erklärung verweist die KCK darauf, dass das kurdische Volk seit dem 20. Jahrhundert immer wieder zu Flucht und Migration gezwungen worden ist. Teilweise standen wirtschaftliche Gründe hinter den Migrationsbewegungen, vor allem war jedoch die Unterdrückung durch den türkischen Staat die wesentliche Motivation für Kurdinnen und Kurden, ihre Heimatorte zu verlassen und in türkische Großstädte oder an andere Orte weltweit zu ziehen. „Heute leben mehr Kurden aus Nordkurdistan in den Metropolen der Türkei und anderen Ländern als in ihrem eigenen Land“, so die KCK.

Weiter heißt es in der Erklärung:

„Aufgrund der Vertreibungspolitik des türkischen Staates leben Kurdinnen und Kurden vor allem auch in Europa. In

Deutschland leben über anderthalb Millionen Kurden. Ein Teil davon ist im Zuge der Arbeitsmigration nach 1960 nach Deutschland gekommen. Die meisten sind jedoch durch den Vernichtungskrieg des türkischen Staates aus ihrer Heimat vertrieben worden.“

Als Beispiel führt die KCK das Massaker an der alevitischen Bevölkerung 1978 in Maraş an, durch das „alle Kurden, die westlich des Euphrat lebten“ zur Flucht nach Europa gezwungen wurden. Der türkische Geheimdienst MIT habe Schlepper organisiert und die Migrationsbewegung damit angetrieben. Im weiteren Verlauf wurde der türkische Bevölkerungsanteil in der betroffenen Region erhöht.

Die Vertreibung aus den Gebieten östlich des Euphrat wurde vor allem in den 1990er Jahren forciert, erklärt die KCK. „Kurdische Dörfer wurden niedergebrannt und zerstört, Tausende Menschen fielen den sogenannten Morden unbekannter Täter zum Opfer, Hunderttausende wurden gefoltert, Zehntausende kamen ins Gefängnis. In Kurdistan war kein Leben mehr möglich. Alle Angriffe verfolgten das Ziel, Kurdistan zu entvölkern, den kurdischen Widerstand zu brechen und den Völkermord zu vollenden. Als Ergebnis dieses schmutzigen Krieges sind Millionen Kurden in die Großstädte der Türkei gezogen und Hunderttausende nach Europa gegangen. Die Mehrheit derjenigen, die ihre Heimat verließen, waren Menschen, deren Dörfer zerstört worden sind, die Folter und Unterdrückung erfahren haben und deren Kinder entweder im Krieg gefallen sind oder im Gefängnis waren.“

Kurden in Europa nutzen ihre demokratischen Rechte

„Die Kurden haben bei jedem Anlass in den 1980er Jahren gegen die Militärjunta und in den 1990er Jahren gegen den schmutzigen Krieg in Kurdistan protestiert. Dabei haben sie auf demokratische Weise auf die Vernichtungspolitik des türkischen Staates reagiert und von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch gemacht. Von Zeit zu Zeit kam es bei sehr schwerwiegenden Angriffen des türkischen Staates zu extremen Reaktionen, die wir als Bewegung immer zu verhindern versucht haben. Die in Europa und insbesondere in Deutschland lebende kurdische Bevölkerung hat viele Jahre lang gemeinsam mit ihren Freundinnen und Freunden ihre demokratischen Rechte im Rahmen der bestehenden Gesetzesvorgaben genutzt.“

Vernichtungsplan gegen die kurdische Bewegung

In der KCK-Erklärung wird weiter ausgeführt, wie die Kurden ab 2014 im Kampf gegen islamistische Gruppierungen wie den IS und al-Nusra vor allem in Rojava und Südkurdistan zu einer politischen, militärischen und gesellschaftlichen Kraft geworden sind. Aus diesem Grund hat die AKP-Regierung im Sommer 2014 einen Vernichtungsplan ausgearbeitet, der den Tod von Tausenden Kurden und die Vertreibung Hunderttausender vorsah. „Im Rahmen dieses Plans wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsra-

tes am 30. Oktober 2014 der totale Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung beschlossen“, so die KCK. Das zuvor beschlossene Dolmabahçe-Abkommen zur Lösung der kurdischen Frage wurde ad acta gelegt, der inhaftierte PKK-Gründer Abdullah Öcalan wurde vollständig von der Öffentlichkeit isoliert und die Wahlen vom 7. Juni 2015, aus denen die Demokratische Partei der Völker (HDP) erfolgreich hervorgegangen war, wurden annulliert. Am 24. Juli 2015, dem Jahrestag des Abkommens von Lausanne, wurde ein totalitärer Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk eingeleitet. Tausende gewählte Abgeordnete, Bürgermeister, Politiker und Aktivisten wurden verhaftet. Die kurdischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen wurden unter Zwangsverwaltung durch türkische Treuhänder gestellt. Kurdische Städte wurden zerstört, Hunderte Zivilisten wurden getötet. Als ein weiteres Ergebnis der AKP-Politik wurde in diesem Jahr der nordsyrische Kanton Afrin besetzt. „Sowohl bei der Zerstörung kurdischer Städte als auch bei der Besetzung Afrins wurden Panzer aus deutscher Produktion eingesetzt. Parallel zu den Angriffen auf das kurdische Volk wurde auch die Repression gegen demokratische Kräfte in der Türkei verstärkt“, erklärt die KCK.

„Gegen die Angriffe der faschistischen AKP-Regierung haben Kurdinnen und Kurden weltweit ihre demokratischen Rechte genutzt und protestiert. Bei diesen Protesten ist es vereinzelt zu extremen Reaktionen junger Menschen gekommen, mit denen die deutschen Gesetze strapaziert wurden. Die Bundesregierung hat sowohl auf Druck der AKP-Regierung als auch bezugnehmend auf diese Reaktionen antidemokratische Angriffe auf demokratische kurdische Einrichtungen durchführen und mehrere kurdische Politiker verhaften lassen.“

Extremismus vermeiden

„Wir waren niemals dafür, dass es beim Gebrauch demokratischer Rechte in den Ländern Europas zu Reaktionen kommt, mit denen die Gesetze dieser Länder strapaziert werden. Insbesondere Deutschland benutzt auf Wunsch der Türkei solche Vorfälle, um repressiv gegen demokratische Einrichtungen des kurdischen Volkes vorzugehen. In dieser Hinsicht rufen wir alle Jugendlichen, die mit unserer Befreiungsbewegung sympathisieren und sich mit Abdullah Öcalan verbunden fühlen, dazu auf, extreme Reaktionen zu vermeiden und ihren Protest im Rahmen der deutschen Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf demokratischen Protest gegen den AKP-Faschismus und die Isolation unseres Vorsitzenden sollten sie den Rahmen der Gesetze Deutschlands nicht verlassen.“

Bundesregierung sollte das Demonstrationsrecht respektieren

„Zweifellos muss die Bundesregierung auch das Recht des kurdischen Volkes auf Demonstrationen in demokratischem Rahmen respektieren. In der letzten Zeit sind auf Wunsch des

türkischen Staates die Symbole der gegen den IS kämpfenden YPG/YPJ verboten worden. Dieses Vorgehen widerspricht der deutschen Gesetzgebung und wird auch von der deutschen demokratischen Öffentlichkeit abgelehnt. Der mit einer unsinnigen Begründung erfolgte Angriff der deutschen Polizei auf eine demokratische Protestaktion kurdischer Jugendlicher gegen die Isolation Abdullah Öcalans, mit der der türkische Staat internationales Recht und die eigene Verfassung verletzt, kommt einer Zustimmung des faschistischen Vorgehens der AKP-Regierung gleich. Solche Maßnahmen setzen das kurdische Volk herab und können von niemandem akzeptiert werden, der über eine demokratische Denkweise verfügt.“

Die bundesdeutsche Unterstützung des türkischen Vernichtungsfeldzuges

Die KCK geht in ihrer Erklärung weiter auf die seit 150 Jahren andauernden Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei ein und bezeichnet die Bundesregierung als wichtigste Unterstützerin der Vernichtungspolitik des türkischen Staates. Um die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, habe die Bundesregierung der AKP insbesondere bei den vergangenen Wahlen in der Türkei und aktuell angesichts der Wirtschaftskrise Unterstützung geleistet. Durch die guten Beziehungen zur AKP-Regierung werde diese dazu ermutigt, ihre Angriffe auf demokratische Kräfte und das kurdische Volk fortzusetzen. „Mit dieser Haltung macht sich die deutsche Regierung zur Komplizin der AKP-Regierung“, so die KCK.

Erdoğan-Besuch absagen

Die Einladung Erdoğan's nach Deutschland komme nicht nur einer Unterstützung seiner menschenrechtsverachtenden Politik gegen die Kurden und die Opposition in der Türkei gleich, sondern setze zugleich die Bevölkerung Deutschlands herab, da der türkische Staatspräsident in Wort und Tat islamistische Organisationen wie den IS und al-Nusra in der Türkei und im Mittleren Osten fördere. „Mit dieser Haltung bestätigt und unterstützt Deutschland die auf Vernichtung angelegte kurdenfeindliche Politik Erdoğan's. Das kurdische Volk wird diese Haltung nicht akzeptieren und von seinem demokratischen Recht auf Protest Gebrauch machen.“

Am Ende ihrer Erklärung ruft die KCK die Bundesregierung dazu auf, den geplanten Erdoğan-Besuch abzusagen, sich der Forderung der AKP-Regierung nach repressiven Maßnahmen gegen kurdische Einrichtungen zu verweigern und deutlich zu machen, dass es in Europa und in Deutschland demokratische Werte gibt.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/kck-aufruf-an-die-bundesregierung-und-die-kurden-6450>, 04.09.2018

KONFERENZ

25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau

am 20. Oktober 2018

im Karl-Liebknecht-Haus · Rosa-Luxemburg-Saal

Kleine Alexanderstr. 28

10170 Berlin

Einführungsreferat

10.15–11.15

25 Jahre PKK-Verbot – Historie des Betätigungsverbots, politische und praktische Folgen

Edith Lunnebach, Rechtsanwältin

(sie war seinerzeit involviert in den großen

„Düsseldorfer Prozess“ von Ende der 1980er Jahre)

Mehmet Demir, kurdischer Politiker

Monika Morres, Mitarbeiterin von Azadî

Die europäische Dimension der PKK-Verfolgung

11.20–11.50

Berufungsgericht in Brüssel: PKK keine terroristische Organisation, sondern Konfliktpartei im Sinne des Völkerrechts

Jan Fermon, Rechtsanwalt aus Brüssel/Belgien

Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland

11.50–12.15

Aktuelles Verfahren zur Streichung der PKK von der EU-Terrorliste vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg

Tamara Buruma,

Rechtsanwältin aus Amsterdam/Niederlande

Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland

12.20–12.50

Aktuelle Situation und Hintergründe zu den §§129a/b-Strafverfahren

Lukas Theune, Rechtsanwalt

12.50–13.15

Ausweitung der Strafverfolgung auf syrisch-kurdische Organisationen (Symbolverbote)

Dr. Peer Stolle, Rechtsanwalt, Vorstandsvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V., RAV

13.15–14.30 Mittagspause

14.35–15.05

Deutsche und türkische Geheimdienste – in Vergangenheit und Gegenwart

Jürgen Hoppe, ehemaliger Redakteur des Westdeutschen Rundfunks (WDR)

15.05–15.35

Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes MIT in Deutschland

Cansu Özdemir, Abgeordnete der Linkspartei in der Bürgerschaft Hamburg

15.35–16.05

Abbau der demokratischen Grundrechte in der BRD – Umbau der Sicherheitsarchitektur hin zur präventiven Strafverfolgung

Heiner Busch, Vorstandsmitglied beim Komitee für Demokratie und Grundrechte e.V.

16.05–18.00 Abschlussdiskussion

Veranstaltet wird die Konferenz vom Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, AZADİ e.V. und dem Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD e.V.). Mitveranstalter*innen sind die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM/ELDH, die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ) sowie der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
azadi@t-online.de; <http://www.nadir.org/azadi/>

NEUERSCHEINUNGEN



ippnw akzente

Entlassung, Verhaftung und Vertreibung. Reiseeindrücke aus der Türkei im Ausnahmezustand. Bericht einer Reise von IPPNW-Mitgliedern in die Türkei vom 10. Bis 24. März 2018 mit Beiträgen von Johanna Adickes, Elke Schrage, Sara Krokemüller, Sigrid Ebritsch und Gisela Penteker.

Zu bestellen: <https://www.ippnw.de/>



Der Syrien-Krieg

Lösung eines Weltkonflikts
Kristin Helberg (Autor)

Ob menschlich, sozial, militärisch, politisch oder diplomatisch – der Krieg in Syrien ist eine Katastrophe. Wenn man denkt, schlimmer geht es nicht, schreibt Kristin Helberg, gerade dann wird es schlimmer. Wie der verheerende Krieg entstand, und was passieren muss,

damit Frieden möglich wird, erklärt sie in ihrem Sachbuch „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“.

Wie das „System Assad“ funktioniert, schildert die Autorin gleich zu Anfang und zeigt dabei auf, wie das Regime über Jahrzehnte totalitäre Strukturen errichten und die Gesellschaft so spalten konnte. Heute, nach sieben Jahren Krieg, habe jeder Syrer seine eigenen Gründe, die Dinge so zu sehen, wie er sie sieht – je nachdem, wie er den Krieg erlebt hat. Wer an der Küste kaum direkte Kriegshandlungen erlebt hat, sieht die Dinge anders als die Bewohner von Ost-Ghouta oder Ost-Aleppo, die über Jahre dramatisch gelitten haben.

Helberg beleuchtet diese unterschiedlichen Realitäten in den vom Regime und in den von der Opposition kontrollierten Gebieten, in den früheren IS-Territorien und in den Gebieten kurdischer Selbstverwaltung. Darüber hinaus analysiert sie, wie ausländische Interessen den Konflikt befeuern, etwa die Russlands, der USA und anderer Staaten.

Der Syrien-Krieg ist symptomatisch für ein weltpolitisches Chaos. Lösungen für den Konflikt lassen sich der Autorin zufolge nur finden, wenn man die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Menschen in Syrien sammelt, versteht und erklärt.

Herder Verlag, ISBN: 978-3-451-38145-4, <https://www.herder.de/suche/?s=Der+Syrien-Krieg+L%3%b6sung+eines+Weltkonflikts>

Für die Bereitstellung der Karikaturen danken wir Klaus Stuttmann sehr.
<http://www.stuttmann-karikaturen.de>

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches TürkeiForum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., info@civaka-azad.org, www.civaka-azad.org
Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de

Institut für Kurdische Studien e.V., <http://www.ifkurds.de>
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für TürkeiStudien, www.zft-online.de

